



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 4
Dienstag, 18. März 2014
18:07 - 20:48 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 29.04.2014

Vorsitz:	Georg Merz	OeBS
	<u>Traktandum 4:</u> Dr. Cornelia Stamm Hurter	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Andi Kunz Patrik Simmler Hansueli Scheck	AL JUSO SVP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	Daniel Preisig Nihat Tektas	SVP FDP

TRAKTANDEN

1	Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013: Baurechtsvergabe Schönbühl, Grundstück GB Nr. 2'240, Baurechtsnummer 12'249	Seite	7
2	Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013: Landverkauf "Im Trenschen", Grundstück GB Nr. 20'531	Seite	12
3	Interpellation Martin Jung vom 14. November 2013: Engagement der Stadt im gemeinnützigen Wohnbau	Seite	18
4	Postulat Georg Merz vom 30. September 2013: Parkplatznot und Stadtfinanzen durch Parkplatzbau verbessern	Seite	24

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
25.09.2012	VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
20.11.2012	VdSR Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik	SPK
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite (Rückweisung an die Fachkommission Bau am 17. September 2013)	FK Bau
26.11.2012	VdSR Ergänzung zur Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Stadtrates	GPK
04.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung Eissportanlagen KSS	GPK
25.06.2013	VdSR Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats	SPK
06.11.2013	Motion Andi Kunz (AL): Bodenspekulation stoppen. Kein Verkauf von städtischem Land an Private ohne gemeinnützigen Zweck	
12.11.2013	VdSR Schaffung von Rechtsgrundlagen für bestehende Spezialfinanzierungen	SPK
14.11.2013	Interpellation Leonardo Pivetta (AL): Bodenspekulation stoppen. Alternative Finanzierungsstrategien für eine aktive Bodenpolitik	
14.11.2013	Motion Andi Kunz (AL): Baurechtszinsen für die Finanzierung einer aktiven Landerwerbs- und Wohnbaupolitik zweckbinden	
14.11.2013	Motion Andi Kunz (AL): Kein Ausverkauf unserer Stadt - und erst recht nicht am Volk vorbei	
26.11.2013	VdSR Bauabrechnung Erneuerung Waldfriedhof Schaffhausen, Sanierung Aufbahrung und Ersatzbau Dienstgebäude	GPK
14.01.2014	VdSR Tempo 30-Zone Hochrahn/Langwiesen/Bruggwiesen in Hemmental	FK Bau
21.01.2014	Postulat Urs Tanner (SP): Pensionierte unterstützen Pensionierte: Zeitgutschriften für Begleitung und Betreuung	
11.02.2014	VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate	GPK
25.02.2014	VdSR Wasserversorgung Schaffhausen, Neubau Reservoir "Buechberg" im Merishausertal	FK Bau
25.02.2014	VdSR Zonenplanänderung Nr. 13 - Brandtobel	FK Bau

Kleine Anfragen 2013:

- Kleine Anfrage Martin Jung (AL) vom 14. November 2013: Was wurde aus der Revision der Parkplatzverordnung?

Kleine Anfragen 2014:

- Kleine Anfrage von Martin Egger (FDP) vom 21. Januar 2014: Welche Risiken bergen die "Hallen für Neue Kunst" für die Stadt Schaffhausen und welche Konsequenzen folgen aus einer allfälligen Nichteinhaltung der Leistungsvereinbarung?
- Kleine Anfrage vom Stefan Marti (SP) vom 17. Febr. 2014: Papiersammlung - Ein Risiko zu viel für die Schule?

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013: Baurechtsvergabe Schönbühl, Grundstück GB Nr. 2'240, Baurechtsnummer 12'429

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013 und die Anträge in der Schlussabstimmung mit 33:0 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013 "Zukunft Stadtleben", Baurechtsvergabe Schönbühl, Grundstück GB Nr. 2'240, Baurechtsnummer 12'429.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe des städtischen Grundstücks GB Nr. 2'240 im Umfang von ca. 3'970 m² im Baurecht zu den genannten Bedingungen an die Schweizerische Mobiliar Asset Management AG, mit Sitz in Bern, Bundesgasse 35, 3000 Bern, zu.
3. Die Einnahmen der Baurechtszinsen werden dem Konto 3220.423.201 gutgeschrieben. Die Einlage der Baurechtseinnahmen erfolgt gemäss Art. 2 Abs. 1 der Verordnung über den Fonds für die Wohnraumentwicklung der Stadt Schaffhausen vom 18. September 2012 (RSS 4500.0) über das Konto 43.462.041.

Traktandum 2 Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013: Landverkauf "Im Trenschen", Grundstück GB Nr. 20'531

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013 und den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 26. Februar 2014 mit den Anträgen in der Schlussabstimmung mit 26:6 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013 "Zukunft Stadtleben", Landverkauf "Im Trenschen", Grundstück GB Nr. 20'531 und vom Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 26. Februar 2014.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf des städtischen Grundstücks GB Nr. 20'531 im Umfang von ca. 3'109 m² an die Planer und Investoren der Baugesellschaft "Im Trenschen" mit Sitz in Schaffhausen, c/o Schmid und Partner, Villenstrasse 23, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage aufgeführten Bedingungen zu.
3. Der Verkaufserlös wird dem Konto 32200.800.002, Verkauf von nichtüberbauten Grundstücken zu Gunsten Wohnraumentwicklungsfonds, gutgeschrieben. Die Einlage des realisierten Buchgewinns, welcher sich aus der Differenz zwischen dem Restbuchwert und dem erzielten

Verkaufserlös berechnet, wird gemäss Art. 2 Abs. 1 der Verordnung über den Fonds für Wohnraumentwicklung der Stadt Schaffhausen vom 18. September 2012 (RSS 4500.0) über das Konto 43.462.040 eingelegt.

**Traktandum 3 Interpellation Martin Jung vom 14. November 2013:
Engagement der Stadt im gemeinnützigen Wohnungsbau**

Die Interpellation wird von Martin Jung (AL) begründet und von SR Peter Neukomm beantwortet.

Der Grosse Stadtrat heisst den von Martin Egger (FDP) gestellten Ordnungsantrag, gestützt auf Art. 41 Abs. 1 in Zusammenhang mit Art. 59 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats (GO), mit 16:12 Stimmen gut. Es findet keine Diskussion statt.

**Traktandum 4 Postulat Georg Merz vom 30. September 2013:
Parkplatznot und Stadtfinanzen durch Parkplatzbau
verbessern**

Das Postulat wird von Georg Merz (OeBS) begründet und von SR Simon Stocker beantwortet.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung unter Namensaufruf mit 18:14 Stimmen nicht überwiesen.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Georg Merz (OeBS)**, eröffnet die Sitzung Nr. 3 vom 4. März 2014 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten und der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatter. Ganz besonders begrüsst der Ratspräsident Andi Haus, der Markus Brütsch als Stadtratsweibel ablösen wird.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Vorlage des Stadtrats vom 25. Februar 2014: Zonenplanänderung Nr. 13 - Brandtobel
- Antwort des Stadtrats vom 5. März 2014 auf die Kleine Anfrage von Bea Will: Städtische Verwaltungsliegenschaften freispielen
- Antwort des Stadtrats vom 4. März 2014 auf die Kleine Anfrage von Edgar Zehnder: Sicherheit Fussgängerstreifen
- Neu formuliertes Postulat von Georg Merz vom 6. März 2014: Parkplatznot und Stadtfinanzen durch Parkplatzbau verbessern
- Bericht und Antrag der Fachkommission Bau vom 26. Febr. 2014 zur VdSR "Zukunft Stadtleben", Landverkauf "Im Trenschen", Grundstück GB Nr. 20'531
- Situationspläne zu den Vorlagen "Zukunft Stadtleben" vom 3. Dezember 2013: Landverkauf "Im Trenschen" und Baurechtsvergabe Schönbühl, Grundstück GB Nr. 2'240, Baurechtsnummer 12'429
- Gesuch der Fachkommission Bau vom 7. März 2014 um Fristverlängerung zur Weiterbearbeitung der VdSR Erweiterung Schulanlage Breite
- Antrag der GPK vom 14. März 2014 auf Behandlung im vereinfachten Verfahren der Vorlage des Stadtrats vom 26. November 2013: Bauabrechnung Erneuerung Waldfriedhof Schaffhausen - Sanierung Aufbahrung und Ersatzbau Dienstgebäude
- Aktualisiertes Adressverzeichnis

Zuweisungsvorschläge des Büros in vorberatende Kommissionen:

- Vorlage des Stadtrats vom 25. Februar 2014: Wasserversorgung Schaffhausen, Neubau Reservoir Buechberg im Merishausertal. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Vorlage des Stadtrats vom 25. Februar 2014: Zonenplanänderung Nr. 13 - Brandtobel. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Verhandlungsbereit gemeldet aus der GPK:

VdSR vom 26. November 2013: Bauabrechnung Erneuerung Waldfriedhof Schaffhausen, Sanierung Aufbahrung und Ersatzneubau Dienstgebäude. Die GPK stellt mit Datum 14. März 2014 Antrag auf Behandlung im vereinfachten Verfahren.

Gesuch um Fristverlängerung der Fachkommission Bau vom 7. März 2014:

Der Ratspräsident bezieht sich auf das begründete Gesuch der vorberatenden Fachkommission Bau vom 7. März 2014 um Fristverlängerung zur Behandlung der VdSR Erweiterung Schulanlage Breite, die vom Grossen Stadtrat am 17. Sept. 2013 in die Fachkommission Bau zur Überarbeitung zurückgewiesen wurde. Eine Traktandierung kann gemäss GO verlangt werden, wenn eine Zweidrittelsmehrheit des Grossen Stadtrats dies beschliesst.

Peter Möller (SP):

”Es geht nicht darum, dass eine Traktandierung verlangt werden *muss*, sondern das Geschäft muss auf der nächsten Traktandenliste traktandiert werden, und dann entscheidet der Grosse Stadtrat, ob er das Gesuch um Fristverlängerung gewährt oder nicht. Das Vorgehen ist das gleiche wie bei der Behandlung der hängigen Motionen und Postulate, die vom Stadtrat behandelt werden und bezüglich deren Fristverlängerungen Bericht und Antrag an den Grossen Stadtrat gestellt wird.“

René Schmidt (OeBS):

”Das Schulhaus Breite hat uns das letzte Mal am 17. September 2013 beschäftigt. Es war meine erste Ratssitzung, deshalb erinnere ich mich noch bestens an diesen grossen Tag. Der Grosse Stadtrat hat dem Erweiterungsbau des Breiteschulhauses seine Zustimmung verweigert; es handelte sich um einen Kredit von CHF 13,6 Mio. Das Geschäft wurde vom Grossen Stadtrat an die vorberatende Fachkommission Bau mit dem Auftrag, kostengünstigere Varianten zu entwickeln, zurückgewiesen. Sie wissen alle, dass dieser Entscheid in der Quartierbevölkerung Unbehagen und Unverständnis auslöste; auch beim Schaffhauser Architektenforum wurde der Entscheid des Stadtparlaments kritisiert und mit ”Die Akte Schulhaus Breite” betitelt. Das grosse Problem hinsichtlich Verlängerung liegt darin, dass in einem halben Jahr das Thema Steuererhöhung zur Diskussion steht. Erinnern Sie sich noch an die damalige Angstpsychose des Rates: Steuererhöhungen sind im Anmarsch, wir machen nichts mehr, alles wird geschlossen? Genau gleich wird der Tenor in einem halben Jahr lauten, und das Geschäft hat damit eine ungünstige Position. Wer Politik betreibt, übernimmt Verantwortung. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich daran, dass wir im Schulhausbau für Familien und Kinder einen Schritt weiter vorwärts gehen müssen. Mich interessiert - und deshalb ist es gut, wenn das Geschäft traktandiert wird - in welche Richtung die Varianten laufen, ob neue Planungskredite zu erwarten sind oder wie es mit der Integration der Tagesstrukturen steht. Ich würde es daher begrüßen, wenn der Präsident der Fachkommission Bau anlässlich der Traktandierung des Gesuchs um Fristverlängerung einen kurzen Zwischenbericht abgeben könnte.“

Ratspräsident Georg Merz (OeBS):

”Wir behandeln heute zum ersten Mal ein Gesuch um Fristverlängerung; es wurde ein Antrag auf Verschiebung/Traktandierung auf eine der nächsten Ratssitzungen gestellt. Gemäss Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats besteht die Möglichkeit, das Geschäft mit einer Zweidrittelsmehrheit schon heute auf die Traktandenliste zu aufnehmen. Ich schlage Ihnen vor, dieses Gesuch auf die nächste Ratssitzung zu traktandieren beziehungsweise anzufragen, ob die Fachkommission Bau etwas zum aktuellen Stand der Variantenausarbeitung sagen kann.“

Edgar Zehnder (SVP):

”Ich habe zum Geschäft nicht viel zu sagen, sondern finde dessen ”juristische Abhandlung” in erster Linie ein komisches Vorgehen. Grundsätzlich ist es doch so, dass jede Fraktion Mitglieder in der Fachkommission Bau hat, die bestens über den aktuellen Stand der Dinge auf dem Laufenden sind. Wenn sich die Fraktionen durch ihre Vertreter nicht entsprechend informieren lassen, können wir gerne hier im Rat eine Stunde dafür reservieren. Dies ist aber reine Polemik und Schaumschlägerei aus einer gewissen Ecke. Ich begreife nicht, warum wir hier im Plenum unnötig Zeit damit verlieren müssen, vor allem im Wissen darum, dass die Fachkommission Bau mit der Ausarbeitung der vier Varianten beschäftigt ist. Ich appelliere erneut an die Fraktionen, sich bei ihren jeweiligen Fachkommissionsmitgliedern die gewünschten Detailinformationen zu holen.“

Peter Möller (SP):

„Auch wenn es sich Edgar Zehnder vielleicht nicht vorstellen kann, sprechen wir selbstverständlich mit unseren Mitgliedern der Baufachkommission und erfahren von ihnen gewisse Details. Trotzdem finde ich es bei einer derart wichtigen Vorlage, die zur Überarbeitung in der vorberatenden Kommission ist, auch sehr wichtig, dass die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand informiert wird. Dies können wir anlässlich der Traktandierung an der nächsten Ratssitzung besprechen. Der Zeitverlust ist gleich null; denn schliesslich kann die Fachkommission Bau weiterarbeiten während an der nächsten Ratssitzung über die Fristverlängerung diskutiert und entschieden wird. Es geht mir hauptsächlich darum, dass die Öffentlichkeit entsprechend informiert wird.“

Nach einer kurzen Diskussion bestätigt **Ratspräsident Georg Merz (OeBS)**, dass die Behandlung des Gesuches um Fristverlängerung auf die nächste Ratssitzung traktandiert wird.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 3 vom 4. März 2014 liegt vor, ist aber vom Büro noch nicht genehmigt. Es wird an der nächsten Ratssitzung aufliegen.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013:
Baurechtsvergabe Schönbühl, Grundstück GB Nr. 2'240,
Baurechtsnummer 12'249**

Edgar Zehnder (SVP)**Bericht der Fachkommission Bau**

„Dieses Geschäft wird nicht so viel zu sprechen geben wie das Schulhaus Breite. Ich hoffe, und bin überzeugt davon, dass der Grosse Stadtrat diesem Geschäft zustimmen wird. Das Geschäft Schönbühl steht im Rahmen des Entwicklungspakets 1 „Zukunft Stadtleben“. Zur Debatte steht die Abgabe von zwei Grundstücken an die Schweizerische Mobiliar Asset Management AG, Bern. Ich bedanke mich an dieser Stelle beim Investor für seine Bereitschaft, in Schaffhausen zu investieren. Der Architekturauftrag geht an ein einheimisches Büro in Neuhausen, was die Fachkommission Bau sehr begrüsst.“

Die Fachkommission Bau hat sich am 8. Januar 2014 die Möglichkeit verschafft, die Beiträge des Wettbewerbs in der Ausstellung „Zukunft Stadtleben“ zu besuchen. Damit konnten sich die Mitglieder der vorberatenden Kommission einen sehr guten Überblick über den Stand der Dinge verschaffen. Am 26. Februar 2014 hat die Fachkommission das Geschäft behandelt; auf die gestellten Fragen werde ich im Anschluss noch kurz eingehen. Die Vorlage möchte ich nicht mehr vorstellen, die Unterlagen sind schon lange im Besitz der Mitglieder dieses Parlaments. Es handelt sich beim vorliegenden Projekt ja auch nicht um ein komplexes Projekt.

Das Wettbewerbsverfahren hat auf Basis eines anonymen Studienwettbewerbs stattgefunden, und zwar in Anlehnung an die SIA-Ordnung 143, aber unter

Ausschluss der Bestimmungen zum öffentlichen Beschaffungswesen, und darauf möchte ich besonders aufmerksam machen. Dieser Punkt wurde in der Fachkommission diskutiert, vor allem bezüglich rechtliche Handhabung, wenn jemand klagen würde oder mit dem Verfahren nicht einverstanden wäre. Die Vorgehensweise kann aber von der Stadt selbst bestimmt werden.

Das Potential des Entwicklungsgebietes Schönbühl soll unter Wahrung städtebaulicher, ökonomischer und ökologischer Ziele optimal genutzt werden. Eingegangen sind fünf gute Projekte, die alle zur Jurierung zugelassen wurden. Grundsätzlich war der Ausarbeitungsstandard bei allen fünf Projekten sehr hoch. Hauptdiskussionspunkt in der Fachkommission war die Frage, was überhaupt beurteilt werden kann: Sollen wir überhaupt etwas beurteilen? Ist dies unsere Aufgabe? Grundsätzlich ist es Sache der Jury, das Siegerprojekt auszuwählen; die Fachkommission hat hauptsächlich darüber zu befinden, ob die Ausschreibung korrekt durchgeführt wurde und ob das Projekt die gestellten Bedingungen erfüllt. Die Frage, ob es ein schönes oder ein gutes Projekt ist, ist von der Fachkommission nicht zu beurteilen. Dies findet im Rahmen des entsprechenden Wettbewerbsverfahrens statt, das umfassend dokumentiert ist. Die Anforderungen an die Bauweise, an die Zufahrten sowie an die Möglichkeit der bereits bestehenden Servicedienstleistungen Schönbühl wurden meines Erachtens gut erfüllt, und zwar von allen Projekten, nicht nur beim Siegerprojekt.

Die Kommission erwartet aber, dass das Projekt auch tatsächlich so umgesetzt wird, wie es geplant ist - nicht immer ganz selbstverständlich. Gerade mit der Wahl des einheimischen Architekturbüros in Neuhausen haben wir die Chance, dass keine umfassenden Änderungen vorgenommen werden. Das Projekt ist zwar noch nicht im Detail ausgearbeitet, mit kleineren Anpassungen ist deshalb noch zu rechnen.

Wie bereits erwähnt, hat das allgemeine Wettbewerbsverfahren in der Kommission zu Diskussionen geführt. Aufbau und Bewertung der Kriterien kann nur schlecht nachvollzogen werden. Wir erhielten einen Leistungskatalog, der zusammen mit dem Kompetenzzentrum des Schönbühls erarbeitet wurde. Das Thema Wettbewerb wird in naher Zukunft in der Fachkommission detaillierter besprochen.

Mit 7:0 Stimmen wurde Eintreten beschlossen - eine seltene und sehr eindeutige Situation. Diskussionen über den Verbleib in der ZÖBAG-Zone und betreffend Ausnützungsziffer wurden geführt, welche in der ZÖBAG-Zone jedoch eine untergeordnete Rolle spielt. Auch über die immer wieder in den Baurechtsverträgen enthaltene Konventionalstrafe von CHF 5'000.-- wurde gesprochen. Mit der Frage, ob diese allenfalls der Grösse des Projekts angepasst werden sollte, könnte sich die GPK befassen, die sich ihrerseits jahrelang mit Baurechten befasst hatte. Schlussendlich wurde die Vorlage einstimmig, mit 7:0 Stimmen, angenommen. Ich hoffe, dass der Rat heute Abend die Vorlage ebenso eindeutig gutheissen wird.

SVP/EDU-Fraktionserklärung: Unsere Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Ich kann es ganz kurz machen und Ihnen zuhänden des Protokolls und der Medien erklären, dass die Fraktion von **FDP/JFSH-Fraktion** auf diese Vorlage eintreten und den Anträgen zustimmen wird. Die Vorlage und das Siegerprojekt überzeugen in allen Belangen. “

Dr. Katrin Bernath (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** tritt auf die Vorlage ein und wird den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Die Realisierung von attraktivem Wohnraum für ältere Menschen ist ein grosses Bedürfnis und das vorliegende Projekt deshalb ein wichtiger Baustein der Wohnraumentwicklung. Die geplanten Wohnungen bieten älteren Personen die Möglichkeit für selbständiges Wohnen auch mit gesundheitlichen Einschränkungen. Die Abgabe des Grundstückes im Baurecht mit klaren Vorgaben zur Nutzung erachten wir als ein sehr gutes Vorgehen. Die Stadt kann so die Entwicklung von Wohnraum lenken, ohne selber zu investieren.

Neben diesen grundsätzlich positiven Einschätzungen gibt es auch ein paar Punkte, die wir bemängeln. Diese Punkte beziehen sich aber mehr auf das Verfahren als auf das nun vorliegende Projekt. Auch in der Fachkommission Bau wurde besprochen, dass wir uns zum Siegerprojekt gar nicht wirklich äussern können, und damit bin ich beim ersten Kritikpunkt:

Die Vorlage liefert nur spärliche Informationen zum gewählten Projekt und zur Begründung, warum dieses gewählt wurde. Die Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge im Konventhaus ermöglichte zwar, sich etwas genauer sowohl über dieses Projekt als auch über dasjenige "Im Trenschen" zu informieren. Wünschenswert wäre aber für ein nächstes Mal, das Projekt in der Vorlage etwas genauer zu beschreiben beziehungsweise die jetzt eingereichten Unterlagen vorher einzureichen. Interessante Informationen sind zum Beispiel wie viel Wohnraum für wie viele Personen geschaffen wird, ob die Wohnungen verkauft oder vermietet und in welchem Preissegment sie sein werden und wie das Projekt aus ökologischer Sicht zu beurteilen ist.

Der zweite Kritikpunkt betrifft die Beurteilungskriterien bezüglich Energie. Bereits bei der Beratung des ersten Entwicklungspaketes habe ich mich ausführlich zu diesem Thema geäussert. Ich möchte Ihnen die Wiederholung aller Argumente ersparen. Aber wahrscheinlich können sich die wenigsten erinnern, was ich vor rund eineinhalb Jahren gesagt habe. Weil diese Anliegen immer noch aktuell sind – auch im Hinblick auf weitere Projekte – möchte ich die wichtigsten Punkte noch einmal hervorheben:

Die heutige Bauweise zeigt über Jahrzehnte hinweg Auswirkungen, das heisst, wir stellen heute die Weichen, wie viel Energie wir in 50 Jahren brauchen. Deshalb braucht es ein fortschrittliches Energiekonzept; so weit bin ich mit den Ausschreibungskriterien einig. Dass aber die Mindestwerte gemäss SIA 380 oder Minergie als fortschrittlich bezeichnet werden, finde ich doch sehr erstaunlich. In Fachkreisen entwickelte und bereits verbreitet angewendete fortschrittlichere Vorgaben wären beispielsweise der SIA Effizienzpfad Energie oder die Standards nach Minergie-A oder Minergie-P.

Mit solchen fortschrittlichen Energiekonzepten werden sowohl die ökologische als auch die ökonomische Nachhaltigkeit sichergestellt. Ein tiefer Energiebedarf und möglichst hohe Anteile erneuerbarer Energien schonen nicht nur die natürlichen Ressourcen. Sie sind auch eine Versicherung gegenüber Preisrisiken und Versorgungsengpässe am Energiemarkt, die abhängig sind von grosspolitischen Ereignissen im Osten, wie sie zurzeit stattfinden.

Zum Schluss möchte ich noch auf ein wichtiges Anliegen hinweisen: Barrierefreies Bauen ist bei einem solchen Projekt eine Selbstverständlichkeit und die Funktionalität für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner ist bei der Planung

und Realisierung ins Zentrum zu stellen. Leider kennen wir alle ein schlechtes Beispiel dazu, aus dem sicher viel gelernt werden kann; aber es gibt auch viele gute Beispiele, und wir möchten Architekten und Planern ans Herz legen, sich an diesen zu orientieren. “

Andi Kunz (AL)**AL-Fraktionserklärung**

”Die speditive Vorberatung in der Baufachkommission und die bisherigen Wortmeldungen hier im Rat bestätigen, was anzunehmen war, nämlich dass das vorliegende Geschäft wenig Streitpotential beinhaltet; ausser zum Verfahren, wo es verschiedene Erwägungen gab.

Wenn wir ehrlich sind, gibt es hier und heute auch gar nicht mehr viel abzuwägen; dies hat auch der Präsident der Fachkommission Bau bereits ausgeführt. Die Prüfung der eingereichten Projekte sowie die Auseinandersetzung mit deren Vor- und Nachteilen oblagen einer eigens dafür einberufenen Wettbewerbsjury. Wir vertrauen darauf, dass sich dieses Gremium seriös mit den fünf Eingaben auseinandergesetzt und ihre Wahl nach bestem Wissen und Gewissen getroffen hat. Ich bedanke mich beim Baureferenten sowie bei den Vertretern aus der Verwaltung für ihre Vorarbeit und für ihre Auskünfte im Rahmen der Beratungen in der Baufachkommission.

Die **AL-Fraktion** wird auf die Vorlage eintreten und ihr in der vorliegenden Form zustimmen. “

Jeanette Grüniger (SP)**SP/JUSO-Fraktionserklärung**

”Die **SP/JUSO-Fraktion** wird die Vorlage annehmen. Die Baurechtsvergabe Schönbühl ermöglicht den Bau von dringend notwendigem Wohnraum für ältere Menschen, die idealerweise von den Dienstleistungen des Alters- und Pflegeheims Schönbühl profitieren können. Wir vertrauen der Wettbewerbskommission, ihre Arbeit korrekt gemacht zu haben. Weiter sind wir zuversichtlich, dass das Planungsamt die Kriterien der bauökologischen Richtlinien der Stadt Schaffhausen bedingungslos überwacht. Wir freuen uns auf ein gutes Projekt. “

SR Dr. Raphaël Rohner**Stellungnahme Stadtrat**

”Traktandum 1 und 2 sind sehr erfreuliche Geschäfte, ebenso auch die Vergabe der Liegenschaft Schönbühl im Baurecht, wie seinerzeit vom Grossen Stadtrat im September 2012 beschlossen. Es sind **fünf** sehr gute Projekte im Rahmen des öffentlichen Wettbewerbs eingereicht worden, das Vergabeverfahren war dementsprechend sehr anspruchsvoll. Es wurde in Anlehnung an die SIA Ordnung 143 durchgeführt, insofern hat es lege artis stattgefunden. Trotzdem hat der Präsident der Fachkommission Bau zu Recht darauf hingewiesen, dass wir künftig im Rahmen der Vorbereitung der Jurierung noch gewisse Anpassungen vornehmen. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang, dass aufgrund der Komplexität der Projektausschreibung auch Experten seitens der Verwaltung mitgewirkt haben, welche die zur Diskussion stehenden Anforderungen bezüglich Wohnen im Alter und Ökologie sicherzustellen hatten. Sie erstellten darüber hinaus zuhanden der Jury eine schriftliche Beurteilung des Projekts. Der Stadtrat steht hinter dieser sachlich begründbaren Entscheid. Die vier anderen Projekte waren ebenfalls von sehr hoher Qualität, und wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Beteiligten, die am Wettbewerb mitgemacht haben.

Die Zielsetzung ist eine übergeordnete Zielsetzung der öffentlichen Hand der Stadt Schaffhausen, nämlich die Realisierung von attraktivem Wohnraum für ältere Menschen. Es ist ein wichtiges Anliegen unserer Gesellschaft, das uns im Rahmen der demographischen Entwicklung unserer Bevölkerung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten intensiv beschäftigen wird. Die entsprechenden Weichenstellungen sind mit grosser Sorgfalt vorzunehmen. Wenn, wie im vorliegenden Fall, ein privates Projekt dieser Qualität - was im Übrigen für die anderen vier eingereichten Projekte ebenfalls zutrifft - vorliegt, und die Stadt dieses mit der Vergabe von Land im Baurecht realisieren (lassen) kann, so setzen wir Massstäbe. Das Siegerprojekt ist beispielhaft und eine sehr sinnvolle und qualitativ hochstehende Art der Umsetzung der Vorgaben, die wir im Rahmen des Wettbewerbs formuliert haben. Es ist auch architektonisch mit seiner feingliedrigen Situierung in den Hang hinein ein gefreutes Projekt mit hoher Wohnqualität. Sehr wichtig für Seniorinnen und Senioren ist die Möglichkeit, im Rahmen dieser Wohneinheiten Gemeinschaft leben zu können, aber auch die öffentliche Nutzung, indem Aussenstehende mit den Bewohnerinnen und Bewohnern aufgrund der Situierung und Gestaltung zusammentreffen und gemeinsam Freizeit erleben können.

Sie haben kritisiert, den Aspekten der Ökologie beziehungsweise den Anforderungen bezüglich energetischer Vorgaben sei nicht genügend Rechnung getragen worden. Dem halte ich entgegen, dass diese sehr wohl geprüft wurden; das Konzept hat den Minergiestandard. Es sind eine Fotovoltaikanlage und sogar Ladestationen für Elektrofahrzeuge geplant.

Wir werden in zukünftigen Wettbewerbsverfahren gewisse Korrekturen vornehmen. Trotzdem betone ich an dieser Stelle nochmals, dass das Verfahren lege artis stattgefunden hat, was aber nicht heisst, dass gewisse Optimierungen nicht umgesetzt werden können. Insgesamt zeigt das Abstimmungsergebnis der Fachkommission Bau, dass alle hinter dem Projekt stehen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Synergien mit dem in unmittelbarer Nähe liegenden Altersheim Schönbühl genutzt werden können und müssen, was uns auch zugesichert wurde.

Im Namen des Stadtrats empfehle ich Ihnen, der Vorlage und den Anträgen zu folgen und der Vergabe im Baurecht zuzustimmen. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist beschlossen.

Detailberatung

Die **1. Vizepräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, verliest die Vorlage Seite 1-8 sowie die Anträge und die Beilage (Projekt Silber) wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013 “Zukunft Stadtleben”, Baurechtsvergabe Schönbühl, Grundstück GB Nr. 2'240, Baurechtsnummer 12'429. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe des städtischen Grundstücks GB Nr. 2'240 im Umfang von ca. 3'970 m² im Baurecht zu den genannten

Bedingungen an die Schweizerische Mobiliar Asset Management AG, mit Sitz in Bern, Bundesgasse 35, 3000 Bern, zu. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

3. Die Einnahmen der Baurechtszinsen werden dem Konto 3220.423.201 gutgeschrieben. Die Einlage der Baurechtseinnahmen erfolgt gemäss Art. 2 Abs. 1 der Verordnung über den Fonds für die Wohnraumentwicklung der Stadt Schaffhausen vom 18. September 2012 (RSS 4500.0) über das Konto 43.462.041. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013 mit 33:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013: Landverkauf "Im Trenschen", Grundstück GB Nr. 20'531

Rainer Schmidig (EVP)

Bericht der Fachkommission Bau

"Ich darf Ihnen die Vorlage des Stadtrates und den Bericht der Fachkommission Bau, Planung Verkehr, Umwelt und Sicherheit zum Landverkauf „Im Trenschen“ vorstellen. Im Rahmen des Entwicklungspaketes 1 von „Zukunft Stadtleben“ soll gemäss Beschluss des Grossen Stadtrates vom 25. Februar 2011 und vom 18. September 2012 das Grundstück „Im Trenschen“ (GB Nr. 20'531) verkauft werden. Hierbei handelt es sich um ein Grundstück am äusseren Rand der Bauzone, Wohnzone W2, an der Strasse von Herblingen nach Thayngen. Die Parzelle liegt in einem steilen Gelände unmittelbar neben einer Treppensiedlung und hat eine Westausrichtung. Es handelt sich um ein Landstück, das für die Stadt keinerlei strategische Bedeutung hat und somit zur Realisierung eines qualitativ guten Bauprojekts an Private verkauft werden soll. Zu diesem Zweck wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem der Verkaufspreis mit 60% und die Qualität des Bauprojektes mit 40% bewertet werden sollte. Als Basisverkaufspreis wurden CHF 1'090'000.-- festgesetzt. Im Verkaufsvertrag wird zudem sichergestellt, dass die definierten Bedingungen und das Projekt gemäss den Wettbewerbseingaben realisiert werden. Leider wurden nur zwei Projekte eingereicht, wobei schon ein Projekt wegen fehlenden Preisangebotes die Vorprüfung nicht überstand.

Vom einzigen Projekt, das gleichzeitig das Siegerprojekt ist, konnte sich die Kommission an einer Führung durch die Ausstellung im Konventhaus ein Bild machen. Die baulichen Qualität sowie die feingliedrige Positionierung der einzelnen Baukörper in dem doch recht steilen Hang konnten überzeugen. Das Angebot reicht von der 3-Zimmerwohnung bis zum 6 1/2-Zimmer Einfamilienhaus, was eine Durchmischung der Bewohner ermöglicht.

Der doch recht ansehnliche Verkaufserlös von CHF 1.8 Mio. wird nach Abzug des Buchwertes von Franken CHF 108'000.-- dem Fonds für Wohnraumentwicklung gutgeschrieben. Die Fachkommission empfiehlt dem Grossen Stadtrat mit 6:1 Stimme den Anträgen der Kommission und damit dem Verkauf an die Planer und Investoren der Baugesellschaft "Im Trenschen", Schmid und Partner, Schaffhausen, zuzustimmen. Da der Verkaufserlös weniger als CHF 2 Mio. beträgt, liegt die

Kompetenz zum Verkauf abschliessend beim Grossen Stadtrat.

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung:

Trotz einiger Bedenken bezüglich der energetischen Auflagen und damit einer energietechnisch fortschrittlichen Bauweise stimmt unsere Fraktion mit grosser Mehrheit der Vorlage und den Anträgen der Kommission zu. In Zukunft wären wir aber daran interessiert, wenn schon bei den Wettbewerbsausschreibung verbindliche und in die Zukunft gerichtete energietechnische Auflagen deutlicher formuliert würden und allenfalls mit der Baufachkommission abgesprochen würden. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Rainer Schmidig hat Ihnen die Vorlage bereits vorgestellt. Er hat, wie es sich für einen Mathematiker gehört, das Wesentliche auf den Punkt gebracht, so dass ich mich kurz halten kann. Wie Sie auch bereits gehört haben, hat die Fachkommission Bau nur eine Änderung angebracht, die daraus resultiert, dass die finanziellen Auswirkungen in der Vorlage Seite 3 falsch dargestellt wurden. Das Finanzreferat ging nämlich ursprünglich von einem Buchwert von einem Franken für das Grundstück aus. Nachdem uns der Zentralverwalter anlässlich einer Sitzung der SPK Schuldenbremse versichert hatte, dass es seines Wissens keine solchen Restanzen mehr in der städtischen Buchhaltung habe, sahen wir uns in der Fachkommission Bau veranlasst, dies näher abgeklärt zu haben. Das Resultat haben Sie nun ja in Form eines abgeänderten Antrages bei Ziffer 3 vor sich.

Die **SVP/EDU-Fraktion** begrüsst den Verkauf dieser Parzelle ausdrücklich. Sie betrachtet es als einen Glücksfall, dass ein einheimisches Konsortium diese Chance ergriffen hat. Dies bedeutet für lokale Handwerker und Architekten Arbeit und damit Wertschöpfung, von der nicht zu guter Letzt auch wieder die öffentliche Hand profitiert. Sie verstehen aber auch, dass wir weniger Freude am vorgängigen Wettbewerbsverfahren haben. Der Präsident der Fachkommission hat beim vorangegangenen Geschäft schon etwas aus der Schule geplaudert. Hier sind wir klar der Meinung, dass dies schlanker über die Bühne gehen sollte. Gar kein Verständnis haben wir für Forderungen gewisser Kreise, die die Konditionen für Wettbewerbsteilnehmer noch verschärfen wollen, in dem sie zum Beispiel übertriebene energetische oder ästhetische Auflagen einbringen möchten. Ich gebe Ihnen zu bedenken, dass solcher “Schnick-Schnack” alles verteuert und damit der vom Stadtrat eingeschlagenen Linie, der Bevölkerung möglichst preisgünstigen Wohnraum anzubieten, diametral entgegensteht.

Bitte verstehen Sie uns nicht falsch: Wir stören uns nicht daran, wenn jemand in seiner Liegenschaft einen die gesetzlichen Anforderungen übersteigenden Energie-Standard haben will, doch soll dies auf freiwilliger Basis geschehen.

Unsere Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr in der Fassung der Fachkommission Bau zustimmen. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Auch hier kann ich es im Namen von **FDP/JFSH-Fraktion** kurz machen und Ihnen erklären, dass wir auf die Vorlage eintreten und den Anträgen zustimmen. Wir möchten aber klar festhalten, dass Landverkäufe für die Stadt ihre guten Seiten haben. An diesem Eckstück “Im Trenschen” wurde ein hoher Quadratmeterpreis geboten und eine schöne Verkaufssumme resultiert; eine Summe, die wir in der

aktiven Landpolitik gut gebrauchen können. Das Baurecht ist an sich eine sinnvolle Institution, Verkäufe am rechten Ort zum rechten Preis sind es aber auch.

Etwas zum Schmunzeln gab der Umstand, dass nur ein Projekt am Wettbewerb teilnahm. Dies möchten wir auch einmal - ein Preisausschreiben mit nur einem Teilnehmer; einfach nur den Teilnahmetalton ausfüllen und beim Möbelhaus XY den Preis nach Hause nehmen. "

Martin Jung (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Angesichts der Selbstverpflichtung des Stadtrats, verdichtetes Wohnen zu fördern, angesichts des in der letzten Sitzung überwiesenen Postulats von Andi Kunz, das den Stadtrat verpflichtet, dem Parlament über seine Fortschritte in dieser Frage Bericht zu erstatten und angesichts der an der letzten Ratssitzung von Peter Neukomm erwähnten Tatsache, dass Schaffhausen bereits einen überdurchschnittlichen Anteil an Einfamilienhäusern aufweist, wirkt es ein wenig seltsam, dass einer der ersten Schritte der städtischen Wohnraumentwicklungsstrategie darin besteht, Land für weitere Einfamilienhäuser zur Verfügung zu stellen. Leider hat das Parlament an dieser Stelle die Chance verpasst, zukunftsweisende Wohnformen zu fördern. Ich muss aber sagen, dass die Situation nach einem Blick in den Plan doch besser wie erwartet aussieht.

Dass nicht ein besseres zukunftsweisenderes Projekt entstand, ist ein direktes Ergebnis jener Stimmen in diesem Rat, die im städtischen Bauland nur eine potentielle Einnahmequelle sehen und denen die politischen Einflussmöglichkeiten der Stadt auf den Markt um das Grundbedürfnis „Wohnen“ egal sind. Wir sind überzeugt, dass die Landabgabe "Im Trenschen" auch im Baurecht möglich gewesen wäre. Ja, wir haben die Stimmen aus der Verwaltung gehört, die sagen, es sei nicht an jeder Lage leicht, Interessenten für eine Baurechtsvergabe zu finden. Der Wettbewerb zum Verkauf des Grundstücks strotzte aber auch nicht gerade vor Interessenten. Fragt man einen Investor, der es gewohnt ist, Land zu kaufen und zu bebauen, so erstaunt es wenig, dass er diese für ihn bewährte Option einem Baurecht vorzieht. Wie gross die Nachfrage nach Baurechtsland tatsächlich ist, werden wir aber erst herausfinden, wenn wir ein entsprechendes Angebot machen. Im Schönbühl scheint es, wenn auch unter leicht anderen Umständen, bereits funktioniert zu haben.

In der Debatte zum Entwicklungspaket 1, in der das Parlament den Wettbewerb zum Verkauf des Grundstücks "Im Trenschen" beschlossen hat, habe ich bereits gesagt, dass die AL den Verkauf dieses Grundstücks nicht grundsätzlich ablehnt. Wenn aufgezeigt werden könnte, dass aus dem Erlös des Verkaufs ein Landerwerb eines vergleichbaren Grundstücks an einer anderen, für die Stadt vorteilhafteren Lage finanziert werden kann, so hätten wir dagegen nichts einzuwenden. Diesen Weg hätte das Parlament beschreiten können, wenn es den Erlös dem Rahmenkredit zugewiesen hätte. Diese Option ist uns nun versperrt. Darum sieht sich die AL gezwungen, den Verkauf des Grundstücks "Im Trenschen" auch dieses Mal abzulehnen.

Der Erlös des Landverkaufs soll nun dem Wohnraumentwicklungsfonds gutgeschrieben werden. Noch weiss keiner von uns, was wir uns mit diesem Fonds aufgehast haben. Fest steht jetzt schon, dass keineswegs klar ist, was aus dem Fonds finanziert wird. In der Übersicht zum geplanten Mittelfluss des Fonds von 2011 ist beispielsweise vorgesehen, dass während 20 Jahren die Miete der Sport- und

Veranstaltungshallen in der Stahlgiesserei aus dem Fonds bezahlt werden soll. In der Vorlage waren es dann nur noch die ersten zehn Jahre und in der Baufachkommission wurde die Finanzierung durch den Wohnraumentwicklungsfonds ganz aus der Vorlage gekippt. Auch im Grossen Stadtrat wurde kein Antrag darauf gestellt, den Wohnraumentwicklungsfonds wieder ins Spiel zu bringen.

An diesem Beispiel sehen wir zwei Dinge. Erstens: Es wird von der Willkür des Parlaments abhängen, wie die Mittel des Wohnraumentwicklungsfonds ausgegeben werden. Zweitens: Es ist selbst einigen unserer bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen nicht ganz wohl dabei, städtisches Land zu verscherbeln und damit die Miete einer Turnhalle zu finanzieren.

Ich finde es völlig daneben, wenn die Erlöse aus Landverkäufen dazu herangezogen werden, Löcher in der städtischen Investitionsrechnung zu stopfen. Die Stadt hat über ein Jahrzehnt hinweg mehrmals die Steuern gesenkt. Nun kann sie gerademal noch knapp die laufenden Ausgaben finanzieren und hat kein Geld mehr für Investitionen. Jetzt sind wir in der Situation, dass die Stadt einen grossen Teil ihrer Investitionen durch Neuverschuldung finanzieren muss. Und vielleicht – die Initiative zur Schuldenbremse lässt grüssen – ist die Stadt bald ganz handlungsunfähig. Wir können den Zeitpunkt der Handlungsunfähigkeit vielleicht ein wenig hinausschieben, in dem wir eins, zwei Investitionsprojekte durch Landverkäufe finanzieren, aber lösen werden wir damit die Probleme der Stadt nicht.

Wenn Fontanas LIPO-Park kommt und dieses Parlament grossflächig Land in der Breite zur Wohnnutzung freigibt, so können wir darüber reden, wie der Ersatz von Fussballplätzen finanziert werden soll. Wenn an einem anderen Ort, beispielsweise beim Wagenareal ein Grundstück abgegeben werden soll und vorhergehend ein bestehendes Gebäude rückgebaut werden muss, können wir über die Finanzierung sprechen. Auch bei diesen Beispielen widerstrebt es mir, dass die Stadt diese Kosten durch Einnahmen aus Landverkäufen decken will, aber zumindest lässt sich argumentieren, dass diese Kosten im direkten Zusammenhang mit der neuen Nutzung eines städtischen Grundstücks stehen.

Anpassungen bei Strassen, Rad- und Fusswegen, Schulen, Kindergärten und Grünanlagen hingegen sind Grundaufgaben der Stadt, die aus der allgemeinen Investitionsrechnung zu bezahlen sind. Wer solche Ausgaben aus Landverkäufen finanzieren will, befürwortet eine Verschleuderung städtischen Tafelsilbers zugunsten kurzfristiger Finanzkosmetik. Dennoch finden sich alle diese Beispiele in der Übersicht über den Mittelfluss des Fonds von 2011. Es ist also zu erwarten, dass neben gewissen Mitgliedern dieses Rates auch der Stadtrat plant, Fondsmittel für solche und womöglich noch andere Zwecke einzusetzen, sei es im Rahmen seiner eigenen Kompetenz oder im Rahmen von Vorlagen zuhanden des Parlaments. Ich bitte Sie alle, sich gut zu überlegen, welche Ausgaben Sie aus den Mitteln des Wohnraumentwicklungsfonds tätigen wollen.

Die AL lehnt Landverkäufe als Selbstzweck – also nur mit dem Ziel, das Land auf den Markt zu bringen – grundsätzlich ab. Landverkäufen mit dem Ziel der Finanzierung spezifischer Vorhaben können wir in Ausnahmefällen zustimmen, insbesondere wenn der Erlös zum Landerwerb an anderer Stelle herangezogen wird. Im vorliegenden Fall des Verkaufs des Grundstücks “Im Trenschen” sehen wir die Gefahr, dass sich der Stadtrat oder das Parlament dazu hinreissen lassen könnte, Budgetlöcher mit Geld aus Landverkäufen zu stopfen. Wir können deshalb dieser Vorlage nicht zustimmen. “

Jeanette Grüninger (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

”Die SP/JUSO-Fraktion stimmt der Vorlage zu, wenn auch nicht ganz unbestritten. Ein Verkauf von Bauland schmerzt immer. Hier kann sich jedoch ein Projekt verwirklichen, das eine Bereicherung des Quartiers garantiert. Da die Einnahmen in den Fonds für die Wohnraumentwicklung der Stadt Schaffhausen fliessen, sind wir mit diesem Verkauf einverstanden.“

SR Dr. Raphaël Rohner

Stellungnahme Stadtrat

”Ich werde mich kurz halten und auch kurz fassen, lieber Kollege Martin Jung. Aber den Vorwurf, dass das Parlament willkürlich handelt, möchte ich nicht auf Ihnen sitzen lassen. Bitte hören Sie mir jetzt genau zu: Wir haben eine Verordnung, die auf kommunaler Ebene Gesetzescharakter hat. Diese Verordnung ist vom Grossen Stadtrat seinerzeit beschlossen und vom Souverän der Stadt Schaffhausen ebenfalls genehmigt worden. Sie ist daher gültig, und die einschlägigen Bestimmungen haben auch hier zur Anwendung zu kommen. Dies hat mit Willkür nichts zu tun, sondern mit einer ganz normalen Anwendung des geltenden Rechts. Wenn wir den Erlös aus dem Verkauf der Liegenschaft “Im Trenschen” dem Fonds für Wohnraumentwicklung zuweisen, so ist dies in keiner Weise zweckentfremdend; dieser Fonds hat ja auch einen klaren Zweck, der hiermit zur Anwendung kommt. Ihre Ausführungen sind daher reine Spekulation und aus der Luft gegriffen, was sehr bedauerlich ist.

Die vorliegende Vorlage überzeugt, das von privater Hand realisierte Projekt - wie von Jeanette Grüninger ausgeführt - passt sehr schön ins Quartier. Damit wird auch der Nachweis erbracht, dass auf diesem Weg, wenn die Stadt strategisch nicht wichtige Grundstücke zum Verkauf freigibt, sichergestellt ist, dass nicht wild, sondern in guter Qualität gebaut wird, damit junge Leute und auch Familien einziehen und sich in diesem Quartier wohlfühlen können.

Ich verzichte auf weitere Ausführungen, das Wesentliche wurde von den Vertretern der Fachkommission Bau und den übrigen Sprechenden bereits gesagt. Im Namen des Stadtrats bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.“

Andi Kunz (AL)

Votum

”Man kann unterschiedlicher Meinung bezüglich der Zuweisung der finanziellen Mittel aus dem Landerlös in den Fonds für Wohnraumentwicklung sein. Und so klar ist die Beschreibung, was mit dem Geld genau gemacht wird, nicht. Dazu tauchen in verschiedenen Papieren und zu verschiedenen Gelegenheiten ziemlich unterschiedliche Vorstellungen auf, wofür dieses Geld eingesetzt werden soll. Wir finden, es tauchen auch gewisse Verwendungszwecke auf, die unseres Erachtens eindeutig zu den Grundaufgaben der Stadt gehören und nicht über Landverkaufserlöse zu finanzieren sind.“

SR Peter Neukomm (SP)

Stellungnahme Stadtrat

”Ich möchte zwei Berichtigungen anbringen: Es wurde etwas kolportiert, das man so nicht im Raum stehen lassen kann. Das Land wird nicht “verscherbelt”, sondern zu einem realen Marktpreis verkauft. Es besteht eine Schätzung des Amtes für Grundstückschätzung und der Preis, der jetzt bezahlt wird, liegt keineswegs unter dem Marktwert, sondern ist ein sehr guter Preis.

Zur demokratischen Legitimation des Vorgehens und als Auffrischung der Erinnerung

gewisser Personen: Der Wohnentwicklungsfonds wurde vom Souverän gegen den Widerstand der AL angenommen. Das Volk hat gewusst, dass Verkaufserlöse diesem Fonds gutgeschrieben werden und welche Liegenschaften davon betroffen sind; das Grundstück "Im Trenschen" war in der Orientierungsvorlage aufgeführt. Somit ist das Vorgehen sehr legitimiert, es gibt keinen Interpretationsspielraum. Dadurch, dass solche Erlöse in den Fonds fliessen, wird ja eben vermieden, dass diese finanziellen Mittel für andere Zwecke, beispielsweise zum Stopfen von Löchern, wie von einem Redner ausgeführt, verwendet werden können. Finanztechnisch ist dies nicht möglich. Der Fondszweck ist in der Verordnung genau umschrieben, selbstverständlich kann man darüber diskutieren. Schlussendlich wird in diesem Rat entschieden, was damit geschieht; insofern besteht eine demokratische Legitimation. "

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

"Ich möchte einen kleinen Vorwurf anführen, der vom Stadtrat nicht erwähnt wurde: Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, was denn die AL "Im Trenschen" bauen möchte. Es handelt sich um eine Wohnzone W2; wenn Sie in die Breite Richtung Säckelamtshüsli fahren, sehen Sie dort zweistöckige Häuser, die weder in der Höhe noch in der Tiefe ausgebaut werden können. Wollen Sie einen Block in der W2-Zone mit einer Ausnutzungsziffer von 0,35% bauen? Sollen wir denn Einfamilienhäuser bauen? Ich möchte gerne von der AL-Fraktion hören, welche Vorstellungen sie darüber hat, was die Stadt "Im Trenschen" bauen soll - ein Block ist überhaupt nicht möglich. Aus einer Gesamtfläche von 3'000 m² resultieren rund 1'000 m² Wohnfläche, heruntergebrochen auf ungefähr 400-500 m² Land pro Parzelle ergeben sich nicht einmal 140m² Wohnfläche. "

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

"Ich werde mich weder zum Verkauf noch zur Abgabe im Baurecht äussern, sondern habe noch eine persönliche Bemerkung: Heute Abend habe ich meine Liebe zum "Schnick-Schnack" entdeckt. Das war mir bisher nicht bewusst. Wenn aber mit "Schnick-Schnack" Energieeffizienz gemeint ist, wie dies Cornelia Stamm Hurter formuliert, bin ich eine grosse Anhängerin davon. Ich gebe zu bedenken, dass Bund und Kanton eine klare Energieeffizienzstrategie im Hinblick auf die Energiewende, die wir schaffen müssen und um die wir nicht herumkommen, verfolgen. Es liegt in unser aller Interesse, Einsparungen, wo immer möglich, zu machen. Und um es Ihnen in Zukunft noch leichter zu machen, können Sie uns OeBS/CVP/EVP/GLP/Schnick-Schnack-Fraktion nennen - ob Sie dies nun tun oder nicht, sei Ihnen überlassen. "

Martin Jung (AL)**Votum**

"Der Finanzreferent hat jetzt schon gesagt, dass wir über den Fondszweck diskutieren können, und der Rat entscheide ja dann am Schluss. Genau davor fürchte ich mich, nämlich, dass dieser Rat über den Verwendungszweck von Geldern aus Landverkäufen entscheiden kann. Der Rat ist nicht sehr zuverlässig.

Zu Edgar Zehnder: Ich bin kein Baufachmann, und überlasse es Experten, ob allenfalls etwas Besseres möglich wäre. Und wenn dem nicht so wäre, habe ich auch ausgesagt, dass wir auch mit einem Verkauf einverstanden gewesen wären, sofern an einem anderen Ort, an dem bessere Möglichkeiten bestehen, Land gekauft worden wäre. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, verliest die Vorlage Seite 1-4, die Beilagen sowie den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau vom 26. Februar 2014 mit den Anträgen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013 "Zukunft Stadtleben", Landverkauf "Im Trenschen", Grundstück GB Nr. 20'531 und vom Bericht und Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 26. Februar 2014. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf des städtischen Grundstücks GB Nr. 20'531 im Umfang von ca. 3'109 m² an die Planer und Investoren der Baugesellschaft "Im Trenschen" mit Sitz in Schaffhausen, c/o Schmid und Partner, Villenstrasse 23, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage aufgeführten Bedingungen zu. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Der Verkaufserlös wird dem Konto 32200.800.002, Verkauf von nichtüberbauten Grundstücken zu Gunsten Wohnraumentwicklungsfonds, gutgeschrieben. Die Einlage des realisierten Buchgewinns, welcher sich aus der Differenz zwischen dem Restbuchwert und dem erzielten Verkaufserlös berechnet, wird gemäss Art. 2 Abs. 1 der Verordnung über den Fonds für Wohnraumentwicklung der Stadt Schaffhausen vom 18. September 2012 (RSS 4500.0) über das Konto 43.462.040 eingelegt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 3. Dezember 2013 sowie den Bericht und Antrag der Fachkommission Bau mit den Anträgen vom 26. Februar 2014 mit 26:6 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Interpellation Martin Jung vom 14. November 2013: Engagement der Stadt im gemeinnützigen Wohnbau

Martin Jung (AL)

Begründung

"Diese Interpellation entstand aus einem gewissen Frust darüber, dass mehrere Mitglieder des Stadtrats für ihre Position in Fragen der Wohnraumentwicklung warben, indem sie darauf verwiesen, es sei geplant, an anderer Stelle die Forderungen der AL nach städtischem Engagement für Erhalt und Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums und der Förderung gemeinnützigen Wohnungsbaus einzugehen.

Das hörten wir zwar gerne, aber der Stadtrat verlangte uns zu viel blindes Vertrauen

ab, konnte er doch ausser dem Verweis auf den Erwerb der Liegenschaften an der Furkastrasse keine Taten vorweisen. Damals, beim Erwerb der Liegenschaften an der Furkastrasse hat der Stadtrat in Aussicht gestellt, bis Ende 2012 genauere Informationen zu seinen Plänen zu präsentieren. Ich bin der Meinung, dass es nach mehr als einem Jahr zusätzlicher Bedenkfrist an der Zeit ist, dass wir einen Zwischenbericht über den aktuellen Stand der Dinge erhalten. An der letzten Ratssitzung hat SR Peter Neukomm uns schon ein wenig gluschtig gemacht, indem er den Erwerb weiterer genossenschaftlicher Liegenschaften vorankündigte und versprach, dass die Vorlage zum Engagement der Stadt im Bereich des gemeinnützigen Wohnbaus bereits vor den Sommerferien vorliegen wird. Er will diese Vorlage zugleich als Gegenvorschlag zur JUSO-Initiative verstanden wissen, woraus wir mit Bedauern ableiten, dass der Stadtrat die Initiative „Für bezahlbaren Wohnraum“ zur Ablehnung empfehlen wird.

Der erste Zweck dieser Interpellation besteht darin, den Stadtrat dazu zu bewegen, die Katze aus dem Sack zu lassen. Mit den Ankündigungen von vor zwei Wochen wissen wir zumindest schon mal, wann wir spätestens vor den Sommerferien mehr erfahren werden. Wenn SR Peter Neukomm bereit ist, schon heute ausführlicher zu informieren, können wir diese Informationen auch schon in den laufenden Beratungen der ersten Jahreshälfte, die den Bereich der Wohnraumentwicklung betreffen, berücksichtigen.

Der zweite Zweck dieser Interpellation besteht darin, eine erste Reaktion aus den Parteien zu erhalten, damit wir abschätzen können, auf wie viel Widerstand die stadträtlichen Pläne stossen werden. Bekanntlich hatten es Vorlagen in letzter Zeit nicht immer leicht. Vorsteher+ und das Schulhaus Breite lassen grüssen.

Da ausser der Information, dass verschiedene Rechtsformen geprüft würden – darunter Genossenschaft und Stiftung – kaum etwas über das geplante Engagement der Stadt bekannt ist, war der Raum für Spekulationen gross. Der Möglichkeitsraum erstreckt sich vom Auffanggefäss für bedrohte bisherige Genossenschaftswohnungen, die dann baldmöglichst wieder an eine andere, stabilere gemeinnützige Genossenschaft abgegeben werden, bis hin zu einer stadt-eigenen Immobilienbewirtschaftungsgesellschaft, die sämtliche städtischen Immobilien übernimmt und sowohl gegenüber der Stadtverwaltung als auch gegenüber Privaten als Vermieterin auftritt. Die letztgenannte Variante hätte neben diversen Fallstricken den Vorteil, dass wir uns nicht mehr so einfach um die nötigen Investitionen in den Unterhalt der städtischen Liegenschaften drücken könnten, denn diese würden stetig als Anteil an den Mietkosten, die den Verwaltungsabteilungen in Rechnung gestellt würden, finanziert, anstatt uns wie bisher als grosse, unregelmässig auftretende Budgetposten zur Last zu fallen.

Ich erwarte, dass der Stadtrat uns einen Vorschlag unterbreiten wird, der zwischen diesen beiden Extremen liegt; eine rechtliche Struktur, die ein dauerhaftes, wenn auch zu Beginn sicherlich noch bescheidenes Engagement der Stadt im Bereich des gemeinnützigen kommunalen Wohnbaus begründet. Ein solches Gefäss müsste sicher ausbaufähig sein, sei es als Ankerpunkt eines verstärkten Engagements beim Bau eigener Wohnungen, wie es die JUSO-Initiative fordert, oder um weitere Liegenschaftskäufe nach dem Muster Furkastrasse aufzunehmen.

Der Rahmenkredit für Land- und Liegenschaftenerwerb trat in den letzten Jahren vor allem als Quelle von Land, das die Stadt im Baurecht an Gewerbebetriebe vergeben hat, in Erscheinung. Ich will dieser Praxis, das Baurecht auch als Mittel der

Wirtschaftsförderung einzusetzen, keinesfalls die Existenzberechtigung absprechen. Die AL hat diese Baurechtsvergaben bisher auch immer unterstützt. Dennoch wünschen wir uns, dass der andere Zweck des Rahmenkredites, nämlich der Land- und Liegenschaftserwerb zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus und des Baus von Alterswohnungen öfter zum Zuge kommt. Ich würde mich freuen, wenn andere Parteien ebenfalls den Stadtrat dazu ermuntern würden, den Rahmenkredit öfter in diesem Sinne einzusetzen.

Aus einer rein bodenpolitischen Sicht ist es nicht ganz unproblematisch, wenn Liegenschaftskäufe durch Landverkäufe finanziert werden, denn der Stadt geht dabei selbstverständlich Land verloren. Wir würden uns also beispielsweise dagegen wehren, wenn ein Schlaumeier auf die Idee kommen würde, die Ziele der JUSO-Initiative durch Landverkäufe finanzieren zu wollen. Da das Angebot an Bauland in der Stadt aber überschaubar ist und der Zukauf von unbebautem Land in Wohnzonen eine Seltenheit bleiben dürfte, unterstützt die AL das Ansinnen des Stadtrats, die bestehenden Mittel des Rahmenkredits auch für den Kauf von Liegenschaften einzusetzen.

Wie beim Baurecht ist es auch bei nach Kostenmiete bewirtschafteten Wohnungen so, dass ein Angebot geschaffen wird, das nicht allen Interessierten zur Verfügung steht. In den letzten Wochen hat die Vergabe subventionierter Wohnungen in Bern für Diskussionen gesorgt und auch in Zürich ist die Vergabepaxis der Städtischen Wohnungen öfters ein Thema. Ich bin zuversichtlich, dass die positive Wirkung, die mit dem Engagement der Stadt im gemeinnützigen Wohnungsbau erreicht werden könnte, sei es als Gegenpol zu steigenden Mieten oder als Anknüpfungspunkt und im Idealfall Inspiration für genossenschaftlichen Wohnungsbau, diese Probleme in den Schatten stellen kann. Vielleicht profitiert die Stadt Schaffhausen ja von ihrem Status als Nachzügler zu diesem Thema und kann auf eine Regelung zurückgreifen, die sich in einer anderen Stadt bewährt hat.

Ich freue mich auf die Ausführungen des Finanzreferenten und bin gespannt auf die Wortmeldungen aus den anderen Parteien. “

SR Peter Neukomm

Stellungnahme des Stadtrats

”Ich habe Ihnen an der vorletzten Sitzung bei der Beantwortung der Motion Flückiger/Simmler erläutert, dass der Stadtrat dem Erhalt und der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus künftig einen höheren Stellenwert einräumen will. Die Grundstrategie der Wohnraumentwicklung wurde entsprechend angepasst. Richtig ist, dass die Übernahme der Liegenschaften der Wohnbaugenossenschaft Talberg in diesem Kontext zu sehen ist. Es ging darum, den gemeinnützigen Charakter der Siedlung und den preisgünstigen Wohnraum für die Stadtbevölkerung zu erhalten. Dasselbe gilt für die aktuelle Übernahme der Liegenschaften von zwei weiteren Baugenossenschaften mit insgesamt 64 Wohnungen.

Es stellt sich nun die Frage, wie künftig in solchen Situationen vorzugehen ist, um eine grösstmögliche Wirkung zu erzielen, ohne die Stadt finanziell zu überfordern. Der Interpellant sieht das richtig, dass es auch um Fragen geht, wie respektive mit welchen Instrumenten der gemeinnützige Wohnungsbau künftig besser gesichert und gefördert werden kann. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten und Wege - auch denjenigen der Auslagerung desjenigen Teils unseres Wohnraumportfolios, der sich für eine Bewirtschaftung nach den Grundsätzen des gemeinnützigen Wohnungsbaus eignet, in ein Auffanggefäss wie eine Stiftung. Diese Ansätze werden

zurzeit vom Stadtrat geprüft.

Ich habe bereits in der Antwort auf die Motion Flückiger/Simmler darauf hingewiesen, dass die Arbeiten an einer entsprechenden Vorlage im Gang sind. Diese Vorlage wird Ihnen nach den Frühlingsferien, aber sicher noch vor den Sommerferien zugestellt. Aus diesem Grund kann der Stadtrat die Fragen des Interpellanten heute nur sehr summarisch beantworten. Sonst müsste er schon wesentliche Teile der Vorlage vorwegnehmen. Diese muss aber zuerst noch vom Stadtrat verabschiedet werden. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis, dass ich mich vor Abschluss des internen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses des Stadtrats noch nicht auf die Äste herauslasse.

Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir alle vom Interpellanten aufgeworfenen Fragen in die Erwägungen der erwähnten Vorlage einfließen lassen. Zudem nehmen wir auch Inputs aus der heutigen Diskussion gerne auf.

Zu den konkreten Fragen des Interpellanten:

1. Wie weit ist die Planung bezüglich der Schaffung einer städtischen Wohnbaugenossenschaft oder Stiftung fortgeschritten? Wann rechnet der Stadtrat damit, dem Parlament eine Vorlage dazu unterbreiten zu können?

Wie bereits erwähnt, wird nach den Frühlingsferien, aber noch vor den Sommerferien, eine Vorlage an den Grossen Stadtrat übermittelt, welche aufzeigen soll, wie der preisgünstige Wohnraum in der Stadt künftig besser gesichert und gefördert werden kann.

2. Welche Vorteile hat die Übergabe stadteigener Immobilien an eine eigenständige Organisation verglichen mit einer direkten Bewirtschaftung durch die Stadt?

Die Übergabe stadteigener Immobilien an eine ausgelagerte, gemeinnützige Organisationseinheit kann einerseits die Stadt finanziell entlasten und bietet - durch Vernetzung mit anderen Organisationen - die Chance für eine gezieltere und wirksamere Sicherung und Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Sie ermöglicht auch neue Formen der Finanzierung und allenfalls auch die Möglichkeit der Beteiligung Dritter. Die Vor- und Nachteile einer Auslagerung der Bewirtschaftung werden zurzeit ebenfalls geprüft.

3. Welche weiteren stadteigenen Immobilien und Grundstücke erwägt der Stadtrat in die Genossenschaft/Stiftung einzubringen? Wird die Genossenschaft/Stiftung Einfluss auf die Landerwerbsstrategie des Stadtrats haben?

Für eine Auslagerung in eine gemeinnützige Organisation kommen nur Wohnliegenschaften in Frage, die sich für eine Bewirtschaftung nach dem Prinzip der Kostenmiete eignen. Die interne Prüfung, welche Liegenschaften dies sein könnten, ist im Gange. Die Stadt wird weiterhin über den Rahmenkredit eine aktive Landerwerbspolitik betreiben. Eine noch zu gründende ausgelagerte Organisationseinheit wird nur im Bereich des gemeinnützigen Wohnungsbaus respektive im Segment des preisgünstigen Wohnungsbaus eine Rolle spielen können. Welche Rolle das sein wird und wie die Abgrenzung zur Rolle der Stadt ausgestaltet sein wird, ist Gegenstand laufender Abklärungen.

4. Soll die Genossenschaft/Stiftung ausdrücklich auf gemeinnützigen Wohnungsbau im preisgünstigen Segment beschränkt werden? Bestehen Pläne, die aktive Rolle der Stadt am Wohnungsmarkt auf weitere Preissegmente auszuweiten? Ist geplant, dass die Genossenschaft/Stiftung per Gewinnablieferung Einnahmen für die Stadt generiert?

Gemäss Immobilienstrategie des Stadtrats vom 11. Februar 2010 werden Liegenschaften im Finanzvermögen aus fünf Gründen gehalten respektive erworben:

- Als Reserve für langfristige Entwicklung des öffentlichen Raums, Quartierentwicklung und Steuerung der Durchmischung mit Gewerbe, Dienstleistungs- und industrielle Betriebe,
- als Reserve für Ansiedlungen von Gewerbe, Dienstleistungs- und industrielle Betriebe,
- zum Erhalt historischer Bauten, mit dem Ziel, einen Ertrag zu erwirtschaften, zur gezielten Wohnraumförderung für bestimmte soziale Gruppen (zum Beispiel Familien)
- als Beiträge an das gesellschaftliche Leben durch Schaffung von Begegnungsraum (zum Beispiel Quartierzentren, Gaststätten) und
- zur Erhaltung von Naherholungsraum.

Der Stadtrat geht davon aus, dass eine allenfalls zu gründende Organisation gemeinnützigen Charakter hätte und deshalb ausschliesslich zur Sicherung und Förderung des preisgünstigen Wohnraums eingesetzt würde. Das entspricht dem 4. Punkt der vorerwähnten Immobilienstrategie. Alles andere wäre ein ordnungspolitisch nicht angezeigter Eingriff in den privaten Wohnungsmarkt.

Und schlussendlich zur Frage der Gewinnablieferung an die Stadt: Das macht bei einer gemeinnützigen Organisation schlicht keinen Sinn, weil die Gemeinnützigkeit eine Gewinnstrebigkeit a priori ausschliesst.

Zu den AL-Vorstössen zur Bodenpolitik: Ich bin erfreut zu hören, dass die AL an einem der Vorstösse offensichtlich nicht mehr festhält und lasse mich gerne überraschen. Sie haben selbst gesagt, dass Sie an der Abgabe von Baurechten zum Zwecke der Wirtschaftsförderung zustimmen würden. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie Ihren Vorstoss, Baurechte nur noch an gemeinnützige Träger abgeben zu dürfen, zurückziehen werden. “

Martin Egger (FDP)

Ordnungsantrag

”Gestützt auf Art. 41 Abs.1 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats (GO) stelle ich einen Ordnungsantrag zur Handhabung der Geschäftsordnung und verweise auf Art. 59 Abs. 4 GO, wonach der Interpellant in einem kurzen Votum erklären kann, ob ihn die Antwort des Stadtrates zufriedenstellt. Eine Diskussion im Rat findet gemäss GO nicht statt.

Da die Diskussion einer Interpellation in der GO nicht vorgesehen ist, stelle ich den Ordnungsantrag, das Geschäft nach einem kurzen Votum des Interpellanten abzuschliessen. Hinzu kommt, dass wir uns an der letzten Ratssitzung bereits ausgiebig mit dem Thema des gemeinnützigen Wohnungsbaus beschäftigt haben und uns daher eine weitere Diskussion mit gutem Gewissen schenken können. Ich bitte Sie um Unterstützung meines Antrags. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

”Zu den Ausführungen von Martin Egger möchte ich Folgendes ergänzen: In der Vergangenheit herrschte zwar die Praxis, dass bei der Behandlung von Interpellationen einzelne Wortmeldungen aus dem Plenum abgegeben werden

konnten; dies allerdings basierte auf der alten Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats vom 13. Dezember 1983, Art. 56 Abs. 2: *Eine Diskussion findet nur dann statt, wenn der Rat dies beschliesst.* Dieser Artikel wurde jedoch nicht in die neue Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats vom 9. Dezember 2008 übernommen. Eine Diskussion ist somit nicht mehr vorgesehen.

Die Interpellation wurde zur "mündlichen Kleinen Anfrage" degradiert. Wenn Sie nun die Geschäftsordnung wieder ändern wollen, können Sie jederzeit ein entsprechendes Verfahrenspostulat stellen. "

Dr. Katrin Bernath (OeBS)

Votum

"Bin keine Juristin und weiss deshalb nicht, was es bedeutet, wenn in der GO nichts zur Diskussion festgehalten ist. Man könnte auch argumentieren, dass in der Vergangenheit eine Diskussion überhaupt nur auf Beschluss des Grossen Stadtrats möglich war. Abgesehen davon, sind wir ja auch ein Parlament, um hier Themen zu diskutieren. Ich finde es sinnvoll, wenn es ein Instrument gibt, das Diskussionen ermöglicht, und zwar ohne dass daraus ein Auftrag an den Stadtrat, wie zum Beispiel beim Postulat, erfolgt. Wie dies nun juristisch zu interpretieren ist, kann ich nicht beurteilen. "

Urs Tanner (SP)

Votum

"Der Antrag ist gestellt, und darüber haben wir abzustimmen. Unterliegt er, folgt eine Diskussion, wenn er obsiegt, findet keine Diskussion statt, auch wenn dies nicht in der Geschäftsordnung steht. Wir können sehr wohl alte und neue Geschäftsordnung unterscheiden. "

Abstimmung Ordnungsantrag:

Der Grosse Stadtrat heisst den von Martin Egger (FDP) in Verbindung mit Art. 59 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats gestellten Antrag auf Abbruch der Diskussion mit 16:12 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Martin Jung (AL)

Schlusswort

"Ich finde es merkwürdig, was für ein Präzedenzfall geschaffen wird beziehungsweise was für eine Entscheidung wir hier bezüglich der Interpellation als Vorstoss fällen. Auch wenn wir die Diskussion geführt hätten, wären Sie nicht verpflichtet gewesen, sich zu Wort zu melden. Ich bin gespannt, wie wir in Zukunft Interpellationen handhaben werden oder ob es jedes Mal einen solchen Antrag geben wird.

Zur Bemerkung von SR Peter Neukomm, dass wir nicht mehr an unserem Vorstoss, Land nur an gemeinnützige Träger vergeben werden soll, festhalten. So weit ich dies in Erinnerung habe - den genauen Wortlaut habe ich zurzeit nicht präsent - bezieht sich dies auf Bauland in Wohnzonen.

Allgemeine Bemerkung zu den Ausführungen: Natürlich waren diese etwas dürftig, weil wir ja in Kürze eine entsprechende Vorlage erhalten werden. Unter diesem Umstand ist es auch erklärbar, dass die Lust auf Wortmeldungen zurzeit nicht gerade riesig ist. Wir werden uns in einigen Monaten erneut mit dem Thema beschäftigen

dürfen. “

Gestützt auf Art. 37 Abs. 2 der Geschäftsordnung übergibt der **Ratspräsident** an dieser Stelle der **1. Vizepräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, die Sitzungsleitung während der Beratungen von Traktandum 4, Postulat von Georg Merz (OeBS).

**Traktandum 4 Postulat Georg Merz vom 30. September 2013:
Parkplatznot und Stadtfinanzen durch Parkplatzbau
verbessern**

Georg Merz (OeBS)

Begründung

”Mein Postulat will die Parkplatznot lindern und, dies ist mir ebenso wichtig, die Einnahmen der Stadt verbessern. Ich habe nach Einreichen meines Vorstosses fast täglich der Presse Begründungen entnehmen können; einige Dokumente zum Thema habe ich allen Fraktionen zukommen lassen.

Ich möchte den Workshop des Gottlieb-Duttweiler Instituts in Rüschlikon vom November 2013 erwähnen, welcher von über 200 Teilnehmern aus Forschung, ÖV-Unternehmungen und der Privatwirtschaft besucht wurde und zum Schluss kam, dass wir im Jahr 2025 nicht weniger Mobilität als heute haben werden.

Ebenfalls erwähnen möchte ich die Resolution der Grünen Partei Schweiz vom 9. November 2013 und deren Grundsätze zur Verkehrspolitik. Ein Teil der Mobilität wird weiterhin per Auto erfolgen; bis 2050 sollten diese Fahrzeuge mit Strom betrieben werden, der aus erneuerbaren Energien hergestellt wird.

Aus der Budgetberatung 2014 der Stadt Schaffhausen: Auf Seite 146 konnte ich lesen, dass mit einem Teil der Parkgebühren der öffentliche Verkehr gefördert wird und dass die Erträge aus den Parkplätzen zugunsten des öffentlichen Verkehrs im Jahr 2014 auf CHF 1,8 Mio. steigen werden. Wenn ich dann aber drei Zeilen weiter oben sehe, dass die Stadt Schaffhausen jährlich CHF 6,5 Mio. an die Busbetriebe der Stadt zahlt, kommt die Angst, dass der ÖV bei den nächsten Sparanstrengungen reduziert und dadurch verschlechtert werden könnte.

Nun nenne ich das im Raumplanungsgesetz genannte Ziel des verdichteten Bauens als Argument: Ein Parkplatz ist ein Platz ohne Gebäude. Könnte man da nicht eine Etage darauf bauen und so die Anzahl Parkplätze und den Ertrag nahezu verdoppeln? Und nun folgt der Reflex aller Betroffenen: Genau dieses Projekt ist uns nicht willkommen.

Es gibt aber noch weitere Gründe für dieses Postulat: Mangels Parkplätzen gibt es unerwünscht parkierte Autos in den Wohnquartieren. Dieses Problem einzig mit neuen Vorschriften lösen zu wollen, wie im Parkplatzkonzept Breite vorgeschlagen, ist für einen liberalen Politiker wie mich nicht zielführend.

Einer Wochenzeitung habe ich als weiteren Grund noch entnommen, dass der öffentliche Verkehr in abgelegene Dörfer nicht bezahlbar ist. Für diese Bewohner braucht es in der Agglomeration Parkplätze, um direkt oder nach dem Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr an den Arbeitsplatz zu kommen; ansonsten werden sich diese Dörfer entvölkern und zerfallen. Seit letzter Woche ist offensichtlich, dass nicht

nur abgelegene Dörfer ohne Parkplatzangebot zerfallen, sondern auch Altstädte wie Schaffhausen. Haben Sie von der geplanten Arztpraxis hinter dem Bahnhof gelesen? Diese Arztpraxis war vor zwei Jahren noch an der Karstgasse geplant, in einem, wie Sie wissen, lehrstehenden sanierungsbedürftigen Haus in unserer Altstadt. Der Mangel an reservierten Parkplätzen soll dank gut informierter Quelle der wesentliche Grund für eine Entscheidung hinter dem Bahnhof gewesen sein.

Als Mitglied der Spezialkommission Parkhaus Bachstrasse hörte ich das Bedauern von einigen Politikern, dass die Stadt nicht selbst das Parkhaus Herrenacker gebaut hat und so Einnahmen an private Investoren verloren hat. Dies muss nun nicht beklagt werden, sondern es könnte mit einer zweiten Ebene auf einem Teil der städtischen Parkplätze kompensiert werden. Es könnten Parkplätze für Mieter mit Elektrofahrzeugen angeboten und damit die erwünschte Elektrifizierung der Autos gefördert werden, und zwar ganz ohne Subventionen. Es könnten in diesen stadtnahen Parkplätzen auch die Parkplätze für Roller realisiert werden, für welche in der Stadt kaum Platz zu finden ist, wie wir in der Antwort des Stadtrats auf die Kleine Anfrage von Thomas Hauser vom 30. April 2013 vernommen haben. Dies sind Chancen einer aktiven Rolle der Stadt. Diese Ideen zu prüfen, ist das Ziel meines Postulats. Übrigens, Geld für Parkplatzbauten liegt ungenutzt im Parkplatzfonds bereit, heute über CHF 4 Mio.

Nun noch ein Wort zu den Gegenargumenten: Mehr Strassen bringen mehr Verkehr. Dies steht zweifelsfrei fest, und mehr Verkehr ist nicht erwünscht. Und warum wird der Galgenbuck gebaut? Dieser wird mehr Verkehr bringen, und wo parkieren diese zusätzlichen Autos? Sind bei uns parkierende Autos etwa unerwünscht? Parkplätze bauen heisst, notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Wir erreichen mit dem Projekt "Zukunft Stadtleben" eine erwünschte Zunahme der Einwohner, mit der Wirtschaftsförderung erreichen wir eine ebenfalls erwünschte Zunahme der Arbeitsplätze. In der Broschüre "Best of Schaffhausen" ist die Rede von 1'000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Um nicht Aggressionen zu produzieren, wenn immer mehr Menschen immer gleich wenige Parkplätze haben, sollte auch an den Parkplatzbau gedacht werden.

Zum Schluss stelle ich fest, dass ich nicht für meine Interessen spreche. Ich besitze seit drei Jahren kein eigenes Auto mehr und geniesse den Service des öffentlichen Verkehrs. "

SR Simon Stocker

Stellungnahme Stadtrat

"Die Verwaltungspolizei bewirtschaftet in der Altstadt und angrenzender Umgebung zurzeit 1077 gebührenpflichtige Parkplätze inklusive der Privatplätze beim Schwabentor (Stiftung Brühlmann), Mühlentalsträsschen (Carlo Klaiber) und auf einem Teil des Parkplatzes "Seidenhof" (Kanton Schaffhausen) an der Hochstrasse. Der Parkplatz Seidenhof weist insgesamt 153 markierte Parkfelder auf, wovon 80 Parkplätze als P&R Plätze und 15 Mietparkplätze ausgeschieden sind. Für diesen hinteren Teil des Parkplatzes "Seidenhof" besteht zwischen dem Tiefbauamt der Stadt Schaffhausen und dem Kanton Schaffhausen, Hochbauamt, ein am 2. Oktober 2009 abgeschlossener Nutzungsvertrag.

Die Bewirtschaftung der erwähnten Privatparkplätze (Schwabentor/Mühlentalsträsschen/Teil "Seidenhof") erfolgen gemäss Vereinbarung mit den Grundstückbesitzern durch die Verwaltungspolizei.

Das im Eigentum der Stadt Schaffhausen stehende Kammgarnareal bietet 54 öffentliche und 84 vermietete Parkplätze an. Im im Eigentum der Stadt stehenden Parkhaus Feuerwehrzentrum sind 25 Parkplätze öffentlich und 43 Parkplätze vermietet. Die Verwaltungspolizei vermietet auf stadteigenem Boden im Altstadtbereich 118 Parkplätze, während die Immobilienabteilung bei den städtischen Liegenschaften weitere 150 Parkplätze, davon 85 an Externe, vermietet.

In den privat bewirtschafteten Parkhäusern in der Altstadt beziehungsweise Altstadtrand werden bis zu rund 400 Mietparkplätze angeboten. Mit der anstehenden Eröffnung des Parkhauses "Urbahn" wird sich das Parkplatzangebot in unmittelbarer Altstadtnähe nochmals deutlich verbessern (gemäss Baubewilligung sind mindestens 340 öffentliche sowie 140 Dauermietparkplätze vorgesehen). Die heute auf dem Areal "Seidenhof" angebotenen 80 Park and Ride-Parkplätze werden ab Inbetriebnahme des Parkhaus "Urbahn" auf dem Areal der Bleiche vorzufinden sein.

Weiter ist der öffentliche und gebührenpflichtige Parkplatz Schönenberg mit 31 Parkfeldern, rund 15 Fussminuten von der Altstadt entfernt, vorhanden, welcher heute nicht jeden Tag voll ausgelastet sind.

In den letzten fünf Jahren sind also 200 öffentliche sowie 200 Dauermietparkplätze geschaffen worden. In Hinblick auf die neuen Parkhäuser finde ich die Aussage etwas gewagt, wir hätten eine Parkplatznot oder würden eine solche haben.

Arbeitsgruppe Attraktivierung Altstadt:

Zurzeit ist die Arbeitsgruppe Attraktivierung Altstadt daran, den Richtplan Parkierung der Stadt Schaffhausen zu aktualisieren. Die Arbeitsgruppe ist breit zusammengesetzt und abgestützt. Sie setzt sich aus verschiedenen Vertretern des Langsamverkehrs, Gewerbe, ACS, Tourismus und weiteren Vertretern zusammen. Unter anderem gehören auch Nicole Herren und Martin Jung zur Arbeitsgruppe.

Die Arbeitsgruppe diskutiert derzeit auch die Errichtung möglicher Tiefgaragen bei grösseren geplanten Baubegehren im Altstadtgebiet beziehungsweise Altstadtrandgebiet. Mit einer Schaffung solcher Tiefgaragen könnten zusätzlich altstadtnahe Parkplätze - auch für Dauermieter - angedacht werden.

Der Stadtrat vertritt die Meinung, dass vorerst die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abgewartet werden sollen, um danach einen politisch breit abgestützten und überarbeiteten Richtplan Parkierung dem Parlament zur Beratung vorzulegen. Bereits beim Postulat von Andi Kunz zur autofreien Neustadt hat der Stadtrat auf die Überarbeitung des Richtplans hingewiesen.

Zusätzliche Parkdecks:

Der Stadtrat hat im Rahmen der Beantwortung dieses Postulats verschiedene Möglichkeiten geprüft, um, wie vom Postulanten vorgeschlagen, zusätzliche Parkdecks auf bestehenden Städtischen Parkierungsflächen zu schaffen.

Dabei standen bei den Abklärungen der Kammgarnhof, die Rollselmanlage im Vorderen Mühlental sowie das von Park and Ride-Parkplätzen freiwerdende Areal "Seidenhof" im Vordergrund.

Im Rahmen des Masterplans Gestaltung Rheinufer wird im Mai an einer offenen Veranstaltung zur Zukunft des Kammgarnhofs über eine Aufwertung gesprochen. Zwischenzeitlich hier nun zusätzliche Parkdecks zu installieren, erscheint daher

wenig sinnvoll. Ein Bau eines Parkplatzdeckes auf dem Kammgarnhof würde dem Ansinnen gemäss dem Mitwirkungsprozess aus dem Jahr 2008 nach einer Aufwertung und Öffnung des Kammgarnareals widersprechen. Projekte für zusätzliche Parkplätze werden zurzeit im Bereich Klosterstrasse und Rinkengässchen geprüft oder sind sogar schon geplant.

Die Situation bei der Rollchemelanlage (Vorderes Mühlental) wird als bautechnisch ungünstig eingestuft. Aufgrund der engen Platzverhältnisse wird eine Aufstockung der Parkierung schwierig. Es könnten nur einige wenige zusätzliche Parkplätze geschaffen werden. Nach Beendigung der Bauarbeiten auf dem Areal Bleiche (Urbahn), ist geplant, dass die Fussgänger Verbindung Richtung Mühlental aufgewertet werden soll. Ein Parkdeck würde diese Verbesserung des Langsamverkehrs stark beschränken.

Ein Parkdeck beim Areal "Seidenhof" erachtet der Stadtrat als kritisch. Er könnte sich jedoch vorstellen, im hinteren Teil des Parkplatzes "Seidenhof" die durch die Integration im Parkhaus Urbahn frei werdenden 80 Park and Ride-Parkplätze oder zumindest einen Teil davon neu als Mietparkplätze anzubieten. Ebenfalls geprüft werden sollte jedoch auch die Möglichkeit, ob der Seidenhof als Ersatzstandort für die Car-Parkplätze dienen könnte. Weiter gibt es auch das Bedürfnis für eine Parkierungsanlage für Wohnmobile (zumindest auf einer Teilfläche).

Vorschlag des Stadtrates:

Nach der Eröffnung der Überbauung Urbahn werden weitere Garagenparkplätze für Dauermieter zur Verfügung gestellt. Zudem sind noch weitere Parkhäuser geplant, welche das Angebot für Dauermieter noch weiter vergrössern werden. Der Stadtrat erachtet das Angebot heute und auch in Zukunft an Dauermietparkplätzen als stetig wachsend und genügend.

Mit der Umnutzung des "Seidenhofs" nach Eröffnung des Parkhauses Urbahn werden 80 zusätzliche Miet- oder öffentliche Parkplätze zur Verfügung gestellt. Der Stadtrat wird sich in diesem Jahr dazu äussern und einen konkreten Vorschlag erarbeiten.

Der Stadtrat schlägt deshalb vor, die Thematik von Dauervermietungen von Parkplätzen auf städtischem Boden und unter anderem die weitere Nutzung des Parkplatzes "Seidenhof" in die Arbeitsgruppe Attraktivierung Altstadt aufzunehmen.

Die vom Postulanten geforderten 200 zusätzlichen Dauermietparkplätze durch die Stadt erachtet der Stadtrat als unrealistisch und schlägt deshalb vor, sein Postulat dahingehend abzuändern, dass keine oder eine korrigierte Anzahl Parkplätze (beispielsweise 100) vorgesehen werden. In diesem Fall wäre der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen und es in einem ganzheitlichen Rahmen innerhalb der Arbeitsgruppe Attraktivierung Altstadt zu diskutieren. Hält der Postulant an seinen 200 Dauermietparkplätzen mit Aufdeckung von Parkdecks fest, kann sich der Stadtrat nicht für den Vorstoss erwärmen. "

Martin Jung (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Auch wenn der Parkplatzfrieden von 1999 offiziell noch gilt, haben die bürgerlichen Parteien spätestens in der Ratsdebatte zum geplanten Parkhaus an der Munothalde am 29. Mai 2012 klargemacht, dass sie sich in Zukunft nicht mehr an die Formel „Mehr Parkplätze an der Peripherie, weniger Parkplätze in der Altstadt“ halten wollen.

Nota bene taten sie das, nachdem der erste Teil "Mehr Parkplätze an der Peripherie" erfüllt war, aber bevor sich die Stadt an die Umsetzung des zweiten Teils „weniger Parkplätze in der Altstadt“ wagte.

Dass nun der erste eindeutige Angriff auf den Parkplatzfrieden ausgerechnet aus den Reihen der OeBS kommt, erstaunt mich aber schon ein wenig. Ich kann nur hoffen, dass dies kein Vorzeichen für einen Wettlauf darum ist, ob Ökoliberale oder Grünliberale das Wort liberal grösser schreiben können.

Georg Merz redet aber nicht nur den Bürgerlichen nach dem Munde. Er befasst sich in seinem Postulat mit einem Thema, das bisher ein Nebenschauplatz war. Während FDP und SVP nach mehr öffentlichen, weissen Parkplätzen rufen, konzentriert sich das Postulat Merz auf die Schaffung zusätzlicher dauervermieteter, gelber Parkplätze.

Das Postulat verfolgt zwei Ziele: Angebot schaffen und Einnahmen generieren. Das Mittel der Wahl ist ein sogenanntes Parkdeck, also ein abgespecktes, oberirdisches Parkhaus.

Die Idee, dass die Stadt ein Parkhaus baut und betreibt – und damit auch von den Einnahmen profitiert – ist nicht neu. Die Stadt hätte schon einige Male die Möglichkeit dazu gehabt. Aber die Stimmen, die der Meinung sind, Parkhäuser zu bauen, sei nicht Aufgabe des Staates, haben in dieser Frage – bis auf das Parkhaus beim Feuerwehrzentrum - immer obsiegt. Die linke Ratsseite hat sich damit abgefunden, dass die Parkhäuser von Privaten gebaut und betrieben wurden. Man war bereit, die Einnahmen aus der Hand zu geben, um die versprochene Verkehrsberuhigung der Plätze und Gassen in der Altstadt nicht zu gefährden. Dass der Stadt Einnahmen aus der Parkplatzbewirtschaftung verloren gehen, ist zwar ärgerlich und zu bedauern, aber politisch so gewollt.

Nun stellt sich die Frage, ob ein Parkdeck die Lösung ist, mit der die Stadt doch noch zu einem weiteren Parkhaus kommt. Ganz objektiv kann man feststellen, dass ein Parkdeck hässlich ist. Es ist vollständig auf Funktionalität und nicht auf Ästhetik ausgelegt. An zentralen Lagen, deren Umgebung vielseitiger als nur als Parkfläche genutzt werden, will wohl niemand so etwas stehen haben. Ich zumindest kann mir keinen geeigneten Ort vorstellen, an dem eine grössere Fläche städtischer Parkplätze überdacht werden könnte. Die Lösung Parkdeck scheint mir ungeeignet.

Hätte Georg Merz sein Postulat als Fortführung des Parkplatzfriedens formuliert, also die Forderung nach der Schaffung neuer Parkplätze in einem stadteigenen Parkhaus mit der Entlastung der Altstadtplätze verbunden, so hätten wir zumindest darüber reden können. Allerdings auch dann erst, wenn die erste Runde des Parkplatzfriedens beendet ist, also wenn die neu geschaffenen Parkplätze zumindest teilweise durch eine Aufwertung und Beruhigung der Altstadtplätze kompensiert sind. Dazu wird uns der Stadtrat im überarbeiteten Richtplan Parkierung einen Vorschlag machen. Jetzt schon an den weiteren Ausbau von Parkflächen zu denken, kommt für uns nicht in Frage.

Verglichen mit der Situation in 2001, als der heute noch gültige Richtplan Parkierung verabschiedet wurde, stehen in der Innenstadt – nachdem im Herbst das Parkhaus Bleiche seine Tore öffnet – 350 zusätzliche weisse Parkplätze zur Verfügung. Die Zahl der gelben Parkplätze ist in der gleichen Zeit sogar um 370 gestiegen. Georg Merz schätzt die Zunahme an Fahrzeugen in den letzten 15 Jahren auf etwa 20%.

Die Anzahl gelber Parkplätze ist in dieser Zeit um 33% gestiegen und hat damit das Verkehrswachstum sogar überkompensiert.

Zum Abschluss will ich aus dem Schlussbericht des Runden Tisches Parkraumplanung von 1999 zitieren. Darin wurde die „Vision 2005“ formuliert. Darin heisst es: *Die ausgedehnte Fussgängerzone erreicht alle innerstädtischen Plätze. Freier Platz, Herrenacker, Platz, Kirchhofplatz und Münsterplatz wurden in den letzten Jahren neu gestaltet und vom Verkehr weitgehend beruhigt.*

Dieses Schreiben haben neben den üblichen Verdächtigen aus den Kreisen der linken Parteien und der Umweltverbände auch Vertreter von TCS, ACS, Pro City, dem Gewerbeverband, FDP und SVP unterzeichnet. Es ist schon etwas später als 2005, und die im Richtplan Parkierung angedachten Parkierungsmöglichkeiten an der Peripherie konnten zwar nicht vollumfänglich, aber doch zu einem guten Teil realisiert werden. Es ist an der Zeit, dass wir den Platz, bei dem mit dem kleinsten Aufwand am meisten erreicht werden kann – nämlich den Platz – und den Platz mit dem grössten Potential – den Kammgarnhof – vom Verkehr befreien. Wenn das geschehen ist, können wir über eine nächste Runde Parkraumentwicklung unter dem Motto „Mehr Parkplätze an der Peripherie, weniger Parkplätze in der Altstadt“ reden.

Die **AL-Fraktion** wird das Postulat ablehnen. “

Peter Möller (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

”Zunächst möchte ich eine kurze Vorbemerkung anbringen: Dies ist nun bereits das zweite Mal innert verhältnismässig kurzer Zeit, wo ein eingereichter Vorstoss vor seiner Beratung im Rat inhaltlich abgeändert oder korrigiert wird, und das macht mich nachdenklich. Dass im Rahmen der Diskussion unter Umständen ein Motions- oder Postulatsbegehren angepasst wird, erscheint mir selbstverständlich und vielfach auch nachvollziehbar. Aber Anpassungen vorzunehmen bevor der Vorstoss überhaupt im Rat diskutiert worden ist, lässt - so macht es jedenfalls den Eindruck - auf eher mangelnde Vorbereitung der Erstfassung schliessen oder nährt die Vermutung, dass der Vorstoss etwas unausgegoren war und allenfalls noch immer ist? Ich möchte Sie deshalb bitten, etwas mehr Sorgfalt bei der Erstabfassung Ihrer Vorstösse aufzuwenden. Zudem möchte ich noch auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung hinweisen: *Während der Beratung kann die Urheberin oder der Urheber den Wortlaut einer Motion oder eines Postulats ändern.*

Ich sitze seit geraumer Zeit in diesem Rat und habe die ganze Entwicklung des Parkplatzangebots in der Stadt miterlebt. Wenn ich nun zurückblicke, so haben wir als Vertreterinnen und Vertreter des Langsam- und öffentlichen Verkehrs immer wieder Hand geboten und einem gewissen Ausbau zugestimmt. Dies auch in der Hoffnung und aufgrund des Versprechens, dass sicher eine gewisse Kompensation und auch Ausbauten für den Langsamverkehr erfolgen werden. Nun, es hat verschiedene kontinuierliche Verbesserungen für den Langsamverkehr gegeben, wie beispielsweise mehr Veloabstellplätze, auch Optimierungen bei der Verkehrsführung. Wie ernst es Ihnen allen ist, werden wir ja dann sehen, wenn der Duradukt über das Mühlental ein Thema in diesem Rat sein wird. Was nun die Kompensation angeht, das heisst das Freispielen von zentralen Plätzen in der Altstadt, die heute die meiste Zeit unter Blech begraben liegen, so vermag ich keinen Fortschritt zu entdecken. Dies ist äusserst bedauerlich und gibt mir zu denken.

Georg Merz fordert mit seinem Postulat, dass zusätzlich mindestens 200 zusätzliche

Parkplätze auf bestehenden Parkplätzen in der Umgebung der Altstadt geschaffen werden. Dies zu einem Zeitpunkt, in der die Eröffnung eines Parkhauses mit 484 Einstellplätzen in Kürze, das heisst im Herbst 2014, erfolgen wird. Dies ebenso zu einem Zeitpunkt, in welchem wir seit Jahren eine Zunahme von Parkplätzen ohne entsprechende Kompensation haben.

Für die SP/JUSO-Fraktion steht diese Forderung quer in der Landschaft. Wir gestehen dem Postulanten durchaus guten Willen zu, möchte er durch die zusätzlichen Parkeinnahmen doch auch noch die Stadtkasse entlasten. Ob es jedoch überhaupt realistisch ist, auf den vorhandenen städtischen Parkflächen noch zusätzliche Ebenen zu bauen, lasse ich einmal dahingestellt.

Grundsätzlich wird hier aber der falsche Weg beschritten oder zu wenig weit gedacht. Ich habe es einleitend bereits gesagt. Es steht auch heute noch fest, dass jeder zusätzliche Parkplatz, wie übrigens auch jeder Strassenausbau, den motorisierten Individualverkehr attraktiviert und somit auch fördert. Einer solchen Attraktivierung des Autofahrens ohne entsprechenden Ausgleich können wir nicht zustimmen.“

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

„Mit dem Postulat „Parkplatznot und Stadtfinanzen durch Parkplatzbau verbessern“ rennt unser heutiger Grossstadtratspräsident Georg Merz bei der Mehrheit unserer Fraktion offene Türen ein, hat sich doch die SVP im letzten Wahlkampf klar dafür ausgesprochen, sich für mehr Parkplätze in unserer Stadt einzusetzen.

Letztmals hat unsere Fraktion im Rahmen der Beratung der SLA 1 gefordert, die fest vermietbaren Pendlerparkplätze seien durch die Stadt auszubauen, zum Beispiel durch Anmietung der Fläche bei der Heizzentrale im Mühlental, denn damit könnten auch mehr Einnahmen generiert werden. Dies stiess damals aber beim Stadtrat auf taube Ohren, die Antwort der damaligen Referentin war, es sei nicht Aufgabe der Stadt, Land für Parkplätze einzumieten. Beim Brühlmann-Areal machen wir dies aber meines Wissens auch.

Dass die Forderung nach mehr Parkplätzen nun von einem OeBS-Vertreter kommt, zeigt, dass selbst diese Kreise feststellen, wie schwierig es ist, ohne genügend Parkplätze in der City ein Verkaufsgeschäft zu betreiben. Wenn wir in Altstadtnähe neue Parkplätze schaffen, entlasten wir nicht nur die angespannte Parkplatzsituation in der Altstadt, sondern helfen zusätzlich, die Quartierstrassen von unerwünschten Pendlerautos zu befreien. Wir schaffen damit eine Win-Win-Situation, von der Gewerbe, Altstadt und Aussenquartiere gleichermassen profitieren.

Ob sich die Idee von 200 zusätzlichen Parkplätzen für Personenwagen auf bestehenden Parkflächen mittels Installation eines zusätzlichen Parkdecks realisieren lässt, soll deshalb geprüft werden. Richtig erscheint uns der Ansatz, mit allen Mitteln zu versuchen, kostengünstig zusätzliche Parkplätze zu schaffen. Bestechend finden wir auch das Argument, dass mit der Lösung von Georg Merz keine weiteren Grünflächen geopfert werden müssen.

Zu den Äusserungen von Martin Jung: In der Diskussion des Landverkaufs „Im Trenschen“ erwähnte er das verdichtete Bauen. Hier liegt nun ein Vorstoss für ein verdichtetes Bauen vor, und jetzt wird das Vorhaben als hässlich empfunden. Wir müssen uns bewusst sein, dass verdichtetes Bauen tatsächlich nicht so schön

aussehen kann, wie wenn eben nicht verdichtet gebaut wird. Bezüglich der Frage, ob die Fahrzeuge tatsächlich zugenommen haben oder nicht, kann auf Kantonsebene im WoV-Bericht des Strassenverkehrsamts nachgelesen werden, dass die Fahrzeuge in den letzten 10 Jahren im Kanton um rund 6'000 Fahrzeuge von 38'000 auf ungefähr 44'000 zugenommen haben. Wenn wir davon ausgehen, dass die Hälfte der Kantonsbewohner in Schaffhausen leben, muss davon ausgegangen werden, dass rund 3'000 zusätzliche Fahrzeuge in den letzten 10 Jahren in der Stadt eingelöst wurden.

Die **SVP/EDU-Fraktion** wird deshalb das Postulat grossmehrheitlich unterstützen; dies trotzdem, obwohl wir die von Georg Merz erwähnten Unterlagen - zumindest in unserer Fraktion - nicht erhalten haben. "

Nicole Herren (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Die **FDP/JFSH-Fraktion** unterstützt das Postulat von Georg Merz. In der Stadt hat es viele Arbeitsplätze und Wohnungen, aber viel zu wenig Parkplätze, wie Georg Merz richtig feststellte. Es bestehen lange Wartezeiten, zum Teil jahrelange Wartelisten. Die Stadt könnte mit relativ bescheidenem Aufwand dieser Misere ein Ende bereiten und erst noch Geld verdienen dabei; umso mehr, als dass die Stadt seit dem Verlust der Herrenacker- und Bleicheparkplätze ein Minus bei den Parkplatzeinnahmen von knapp einer Million Franken hinnehmen musste.

Wir wollen Bewohner in der Stadt, wir wollen Gewerbe und Detailhandel in der Stadt - dies heisst aber auch, dass wir Parkplätze zur Verfügung stellen sollten, auch für unsere Mitarbeitenden, die von auswärts kommen. Es ist mir als Vermieterin von Wohnungen zum Beispiel nicht möglich, Parkmöglichkeiten anzubieten, da es schlicht kein Angebot gibt. Die Mobilität und damit der Individualverkehr haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Auch wenn die Autos und Motorräder umweltfreundlicher werden, weniger werden es auf keinen Fall.

Georg Merz möchte Langzeitparkplätze von der Stadt. Ich begrüsse dies sehr, denke aber, dass wir doch auch darauf achten sollten, marktkonforme Preise dafür zu verlangen. In einem Parkhaus scheinen mir CHF 150.-- pro Monat gerechtfertigt. Ziel muss eine marktübliche Rendite sein.

Und noch ein Gedanke zur Finanzierung: Wir bitten den Stadtrat, die verschiedenen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Parkplätze finanziert werden könnten, sei es über den Parkplatzfonds oder zusammen mit einem Investor. Wir möchten kein Parkhaus, das die Steuern oder die langfristigen Schulden erhöht und fordern deshalb, wie bei der Schuldenbremse, nur so viel Geld auszugeben, wie man hat. Denn das Ziel dieses Postulats ist nicht nur die Schaffung von Parkplätzen, sondern auch die Verbesserung der Stadtfinanzen. Bitte seien Sie sich bewusst: Es geht hier um Langzeitparkplätze beziehungsweise Dauermieter und nicht um Kurzzeitparkplätze.

Erlauben Sie mir eine Anmerkung zum Richtplan 1999: Dieser wurde nie verabschiedet, ist also nur ein Richtplan und nicht bindend. Gerne bin ich bereit, bei innovativen Ideen für das neue Parkhaus mitzuarbeiten. "

Dr. Katrin Bernath (OeBS)

"Wir haben das Postulat in unserer Fraktion ausführlich diskutiert, und ich erläutere hier die Argumente der Mehrheit der **OeBS/CVP/EVP-Fraktion**, die das Postulat

nicht unterstützt.

Diskussionen um Parkplätze erscheinen mir oft ideologisch, als ob es um Sein oder Nichtsein von Autos oder um noch viel mehr ginge. Solche Ideologien sind unserer Fraktion zum Glück fremd, und die Gründe für die Ablehnung der geforderten Prüfung zusätzlicher Parkplätze zeigen eine differenzierte Haltung.

Dazu noch kurz eine Klammerbemerkung zum Hinweis von Martin Jung: Ob die Schaffung von Parkplätzen durch die Stadt liberal oder nicht liberal ist, wäre eine spannende Frage, auf die ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen möchte.

- Als erstes ist festzuhalten, dass zu unterscheiden ist zwischen temporär genutzten und längerfristig vermieteten Parkplätzen. Gemäss der Begründung des Postulats geht es hier um Parkplätze für Dauermieter. Die ablehnende Haltung zum Postulat heisst nicht, dass wir nicht die Notwendigkeit von Parkplätzen für Kundinnen und Kunden der Geschäfte in der Altstadt anerkennen. Dass es dazu ein grosses Angebot gibt, haben wir soeben von SR Simon Stocker gehört.
- Etwas genauer zu betrachten ist die Frage, ob es tatsächlich an Parkplätzen für Dauermieter mangelt, oder ob nur die *günstigen* Parkplätze knapp sind. Aus unserer Sicht ist es klar nicht Aufgabe der Stadt, zusätzliche Parkplätze zu günstigen Preisen anzubieten. Wie beispielsweise eine Anfrage auf Homegate zeigt, sind an verschiedenen Orten in der Stadt Schaffhausen Parkplätze im Angebot. Allerdings sind Parkplätze in Bahnhofsnähe nicht für CHF 100.-- zu haben.
- Damit bin ich beim nächsten Punkt: Wo sollen Parkplätze für Dauermieter zur Verfügung stehen? Das Land in Bahnhofsnähe dafür zu nutzen, widerspricht der ökonomischen und der ökologischen Vernunft. Zum einen ist der Boden an zentraler Lage knapp und zu wertvoll dafür; zum anderen soll hier – ganz im Sinne der Verdichtung – gebaut werden, das heisst Parkplätze gehören soweit als möglich unter den Boden und sind in Bauprojekte zu integrieren. In diesem Sinn unterstützen wir die Bemühungen, die in diese Richtung gehen. Zweistöckige Parkhäuser sind sicherlich nicht als verdichtetes Bauen zu beurteilen. Auch hier ist allerdings zu differenzieren: Kurzzeit-Parkplätze und Haltemöglichkeiten zum Abholen und Bringen von Bahnpassagieren soll es natürlich auch weiterhin oberirdisch geben, und eine Verbesserung der heutigen Situation beim Bahnhof ist anzustreben.
- Das Postulat wird auch mit finanzpolitischen Überlegungen begründet: Der Verlockung von zusätzlichen Einnahmen durch die Vermietung von Parkplätzen ist aber gegenüberzustellen, wie diese Grundstücke sonst genutzt werden könnten. Wenn darauf eine Überbauung für Wohnungen und Geschäftsräume realisiert wird, profitiert die Stadt sicherlich mehr, auch wenn die Parkplätze in einer privaten Tiefgarage sind und die Einnahmen nicht mehr direkt in die Stadtkasse fliessen.
- Schliesslich widerspricht ein Ausbau des Parkplatzangebots den Zielen des Agglomerationsprogramms. Wenn wir Millionen in den Ausbau der S-Bahn investieren, sind die Vorteile des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem privaten Verkehr auch klar auszuspielen. Einer dieser Vorteile aus Sicht der Passagiere ist, dass sie direkt im Zentrum ankommen. Und alle anderen

profitieren davon, dass jeder zusätzliche Bahnpassagier die Strasseninfrastruktur entlastet und auch weniger Lärm und Luftemissionen verursacht. Die Vermeidung der damit verbundenen Kosten muss von den direkten Ausgaben für den öffentlichen Verkehr abgezogen werden.

Aufgrund dieser Überlegungen wird die Mehrheit der Fraktion das Postulat nicht unterstützen.

Falls die Mehrheit des Rates einer anderen Meinung ist, möchte ich noch eine ergänzende Idee einbringen: Wenn mit baulichen Massnahmen wie mit einem Parkdeck zusätzliche Parkplätze geschaffen werden sollten, ist die Überdachung dieser Parkplätze mit Solarpanels zu prüfen. Neben den ökologischen Vorteilen würde auch die Stadtkasse von zusätzlichen Einnahmen profitieren, einerseits aus dem Stromverkauf und andererseits durch höhere Mietpreise für gedeckte Parkplätze. “

Urs Tanner (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

”Trotz der guten Ideen von Katrin Bernath - ich bin sehr froh darüber, dass sie in der SPK zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik ist - macht es aus einem dummen Vorstoss keinen besseren.

Den guten Willen, der Kollege Peter Möller dem Postulanten und Ratspräsidenten attestiert, sehe ich nicht. Ich habe gewisse Erfahrungen damit, wie man sich in die Nesseln setzt - auch ich war beim Fussballstadion gutgläubig. Der Vorstoss des grünen Grossestadtratspräsidenten liegt so quer in der Landschaft, dass man an seiner Ernsthaftigkeit tatsächlich zweifeln könnte. Es ist so, wie wenn die SVP den Ausländeranteil verdoppeln und die SP den Mindestlohn halbieren würde. Es mag ein Ansatz sein, lieber Georg Merz, Immissionen durch Immissionen zu bekämpfen; dies kann man intelligent oder weniger intelligent finden. Ich finde es gelinde gesagt Schabernack. Die grüne Partei der Stadt Schaffhausen, also die SP, erinnert sich an die Parkplatzvorlage, auf die vermehrt hingewiesen wurde, das heisst an den so genannten Parkplatzfrieden. Dieser besteht aus Addition, Addition und nochmals Addition und theoretisch aus einer Subtraktion, die dummerweise vergessen ging. Ein Friede muss nicht ewig währen. Die Thematik Parkplätze kann immer wieder einmal zur Diskussion gestellt werden, was die KMU-Vertreter in diesem Rat ja auch machen. Es ist ihr gutes Recht. Was interessiert mich ein Papier von vorgestern, wenn es doch nur um eine Addition geht. Ich glaube dem grünen Grossestadtratspräsident Georg Merz nicht, dass er es ernst meint. Paris halbiert gerade seinen motorisierten Individualverkehr und Peking erstickt im Smog; zum Glück sind wir eine schöne grüne Kleinstadt, wo so etwas nie geschehen kann. Und jetzt fordert der Postulant 200 Parkplätze mehr? Der verrückte Winter zeigt, dass der Klimawandel eine Tatsache ist und nicht irgendein Geschwafel von grüner Seite; er ist angekommen. Peter Möller hat es biblisch ausgedrückt: Mehr Parkplätze bedeuten mehr Verkehr, mehr Autos, mehr Immissionen. Weniger ist mehr (dies ist auch beim Essen so).

Die Zahl der Parkplätze soll limitiert sein, und das ist gut so. Die von Hermann Schlatter genannten Zahlen erschrecken; wir müssen die Parkplätze beschränken. Die 2000 Watt-Gesellschaft ist nicht nur ein grünes “Bonmot”, sie verlangt Konsequenzen und tut weh. Sie ist viel mehr als eine Hochglanzbroschüre, die viel bewundert und nach gegenseitigem Händeschütteln wieder auf die Seite gelegt wird.

Wir sind stolz - die rechte Seite sogar sehr stolz - auf unseren öffentlichen Verkehr. Aber Sie wissen es genau, nur 20% der pro Kopf zurückgelegten Kilometer sind es, die der ÖV ausmacht, 80% werden vom motorisierten Individualverkehr verursacht, und das ist definitiv zu wenig. Lehnen Sie den ÖVP-Vorstoss ab - er ist eine Mogelpackung und undifferenziert. “

Walter Hotz (FDP)**Votum**

”Es ist geradezu rührend, wie sich OeBS-Mitglied Georg Merz um die Parkierungsmöglichkeiten der Autofahrer kümmert. Eigentlich könnte man diesen Vorstoss unterstützen, doch er liegt quer in der Landschaft, und zwar nicht, weil ich nicht bezweifle, dass es zu wenig Parkplätze in der Nähe der Altstadt hat, sondern aus folgenden Gründen: Wir haben im Mai 2011 vom Stadtrat ein Schreiben über den Richtplan Parkierung erhalten. Dafür wurde viel Geld ausgegeben. Das Ingenieurbüro Ökogeog AG Erb und Partner, Winterthur, hat eine Studie gemacht und klar aufgezeigt, wo es in der Altstadt möglich wäre, Parkierungsmöglichkeiten zu realisieren. Wie auch bereits erwähnt, wurde damals auch ein runder Tisch bezüglich Richtplan einberufen. Diejenigen, die damals in dieser Gruppe Einsitz hatten und der Meinung sind, es habe zu wenig Parkplätze, müssen Druck beim Stadtrat aufsetzen. Es liegt ja ein fertig projektiertes Richtplan mit konkreten Angaben zum weiteren Vorgehen vor. Wir müssen jetzt den Stadtrat nicht mit neuer Arbeit beschäftigen, sondern die alten Unterlagen sollen endlich umgesetzt werden.

Zum Vorschlag der OeBS: Georg Merz hätte seine Kollegen damals beim Projekt Bachstrasse/Munothalde um Unterstützung bitten können; dies hätte 90 zusätzliche Parkplätze gegeben. Aber eben, Vorstösse im Eigeninteresse kommen nicht gut heraus. Ich bitte den Stadtrat, seine Unterlagen hervorzunehmen und umzusetzen, was damals beschlossen wurde. Das Postulat ist unnötig; es liegen schon genug Vorstösse beim Stadtrat. “

SR Simon Stocker**Votum**

”Bei Traktandum 3 könnten Sie, aber machen es nicht, und bei Traktandum 4 diskutieren Sie nun umso mehr. Ich möchte ein Argument aufgreifen, das immer wieder falsch angebracht wurde: Es wurde gesagt, dass zahlreiche Autofahrer und vor allem Pendler in städtischen Quartieren Gratisparkplätze benutzen, weil in der Altstadt keine Dauermietparkplätze zu finden sind und dass der vorliegende Vorstoss eine Win-Win-Situation darstelle. Da sind Sie aber schon etwas blauäugig: Die Autofahrer und Pendler benutzen Parkplätze in den Quartieren, weil diese *gratis* sind, und dieser Umstand ist stossend. Die Situation in den Quartieren soll mit der zukünftigen Parkierungsverordnung geregelt werden. Es kann nicht sein, dass sich gewisse Leute einen Parkplatz in der Altstadt für CHF 150.-- leisten, während andere von auswärts die Quartiere zuparkieren und damit für mehr Lärm, Abgase und Verkehr sorgen. Es liegt eine entsprechende Vorlage auf dem Tisch des Stadtrats, die demnächst zuhänden des Parlaments eingereicht wird und dann entsprechend diskutiert werden kann.

Ich möchte folgenden sachlichen Punkt in diese Debatte einbringen: Der Stadtrat teilt die Meinung von Nicole Herren, dass in der Altstadt ein ausgewogener Mix von Gewerbe, Bewohnern, Freiräumen und Parkplätzen anzustreben ist. Bei diesem Vorstoss geht es aber um die Frage, ob wir eine Aufdoppelung der bestehenden Parkanlagen wollen, und es werden drei Beispiele im Vorstoss aufgeführt.

Im Namen des Stadtrats habe ich Ihnen aufgezeigt, dass das Anliegen des Vorstosses nur sehr schwer umzusetzen ist. Die einzige Notlösung, die wir sehen, ist, das Thema Parkierung mit dem finanziellen Aspekt in der Attraktivierung Altstadt und anschliessend mit dem Richtplan Parkierung zu diskutieren. Wir sehen eine Möglichkeit im "Seidenhof", wo eine Umnutzung stattfinden soll. Wir fordern den Postulanten auf, sein Postulat dahingehend zu ändern und die soeben aufgezeigte Möglichkeit zu integrieren. Alles andere ist schlicht und ergreifend unrealistisch. "

Georg Merz (OeBS)**Schlusswort**

"Ich bedanke mich für die engagierte Diskussion und kann Ihnen an dieser Stelle sagen, dass es wirklich eine Warteliste von drei Jahren gibt, wenn man in der Altstadt wohnt oder arbeitet und auf ein Auto angewiesen ist. Von der linken Seite habe ich die Bereitschaft gehört, Einnahmen aus der Hand zu geben. Kompensiert werden diese dann natürlich durch Steuererhöhungen. Ich frage Sie deshalb, wofür unsere Bevölkerung bezahlen möchte? Die Antwort lautet klar: Für mehr Parkplätze würde sie freiwillig zahlen. Ich kann mich mit dem Vorschlag von SR Simon Stocker zufrieden geben und bin bereit, die Zahl der Parkplätze auf rund 100 zu reduzieren. Da ich ein knappes Abstimmungsergebnis erwarte, verlange ich eine Abstimmung unter Namensaufruf. "

Georg Merz (OeBS) verliest den abgeänderten Postulatstext wie folgt:

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie ungefähr 100 zusätzliche Parkplätze für Personenwagen auf bestehenden Parkplätzen in der Umgebung der Altstadt geschaffen werden können.

Das gemäss Art. 48 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats verlangte Quorum zur Durchführung einer Abstimmung unter Namensaufruf wird mit 8 Stimmen erreicht.

Abstimmung unter Namensaufruf:

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat mit 18:14 Stimmen, bei zwei Enthaltungen, nicht überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsident Georg Merz (OeBS) übernimmt an dieser Stelle erneut den **Vorsitz** des Grossen Stadtrats.

SCHLUSSMITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN:**Neu eingegangenes Geschäft:**

Postulat von René Schmidt (OeBS) vom 18. März 2014: Unternehmensgründungen auf Stadtgebiet fördern

Der **Ratspräsident** verabschiedet an dieser Stelle den langjährigen Stadtratsweibel: "Markus Brüttsch wird per 1. Mai 2014 eine neue Aufgabe beim Kanton übernehmen. Da er an der nächsten Ratssitzung am 1. April 2014 in den Ferien sein wird, ist die heutige Ratssitzung seine letzte in diesem Saal. Ich kann verstehen, dass er nicht wegen uns aus den Ferien zurückkehrt, schliesslich schliesst er sein Wirken im Grossen Stadtrat mit genau 100 Sitzungen ab. Ich bedanke mich im Namen aller Anwesenden für seine geschätzte Arbeit und wünsche ihm bei seiner neuen Tätigkeit

beim Kanton viel Befriedigung. Ebenso wünsche ich ihm und seiner Familie alles Gute. Als Zeichen des Dankes für die für unseren Rat geleistete Arbeit darf ich Markus Brütsch einen Blumenstrauss und etwas zur Stärkung überreichen. “

Markus Brütsch bedankt sich beim Stadtrat, beim Büro, bei den Parlamentariern und den Medien für die gute und angenehme Zusammenarbeit. Seine neue berufliche Herausforderung ist zwar eine ähnliche Tätigkeit, aber verbunden mit zusätzlichen Aufgabengebieten und Führungsverantwortung. Markus Brütsch wünscht dem Grossen Stadtrat für die Zukunft weise Entscheide zugunsten der Stadt Schaffhausen und den Ratsmitgliedern alles Gute im persönlichen Bereich. Er lädt die Anwesenden zu einem kleinen Apéro im Foyer ein.

Stadtpräsident Thomas Feuer dankt Markus Brütsch ebenfalls für seine geleisteten Dienste, vor allem auch als hervorragender Botschafter von Schaffhausen, beispielsweise in seiner Funktion als Gesamtkoordinator der TV-Sendung “SF bide Lüt” und anlässlich des alljährlich stattfindenden Städtetreffens in Sindelfingen. Auch bei den manchmal hektischen Schaffhauser Wahlen und Abstimmung zeigte er eine ruhige Hand, war immer sehr diskret und die Zusammenarbeit mit ihm äusserst angenehm. Der Stadtpräsident wünscht Markus Brütsch und seiner Familie persönlich und beruflich alles Gute.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 1. April 2014, 18 Uhr statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:48 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring